

Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Fluckstraße 4/6, durch die Abteilungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrichsstraße 103, Ratthausstraße 100, sowie durch alle Überträger zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 6,42 Rml. + 8 Pf. Trägergebühren monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einzeln. Zustellungsgebühren 2,46 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verleger: und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau
Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Verträge, Besammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition, Fluckstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Mehr Macht der Sozialdemokratie!

Warum?

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes steht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, geliebt bei ihren Anhängern, gesüchtet bei ihren Gegnern, gehäht von den Feinden des Fortschritts und der Arbeiterklasse. Sie steht allein diesem Wahlkampf, ohne Bundesgenossen, und dennoch zittern die Gegner vor ihrer Macht, dennoch fürchten sie, daß sie übermächtig weiterwachsen wird. Immer größer wird die Zahl der Parteien und Parteispalter, die gegen sie anrennen, als ob die Vermehrung der Zahl der Parteien ihrem Wachstum Damm entgegengesetzt werden könnte!

Am Ende eines lehrreichen Wahlkampfes, der wie kein anderer ein Kampf um die Demokratie und die Staatsmacht war, steht vor jedem Wähler das Gebot:

Mehr Macht der Sozialdemokratie! Jede Stimme nur Liste 1!
Kein denkender Wähler, dem das Wohl des deutschen Volkes, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft und die deutsche Stellung in einer friedlichen Welt am Herzen liegt, gibt seine Stimme einer anderen Partei!

Warum nicht SPD?

Weil nur eine große geschlossene Arbeiterpartei, die bereit ist die Verantwortung im Staat zu übernehmen, der Reaktion erfolgreich Widerstand leisten und positive Aufbauarbeit treiben kann. Weil eine Schwächung der Sozialdemokratie zu Gunsten der Kommunisten das Spiel der Reaktion erleichtern würde. Weil die Kommunistische Partei das Spiel mit einem neuen Weltkrieg begünstigt, weil sie mit kriegslüsternden Elementen Hand in Hand arbeitet. Weil die Kommunistische Partei die Arbeiter verachtet, weil sie nicht für ihren Kampf und ihre Wohlfahrt kämpft, sondern in ihnen nur einen Rohstoff für weltrevolutionäre Experimente sieht, die nicht weniger verbrecherisch sind als die sozialistischen Experimente der Militaristen. Weil ein Erfolg der Politik den Untergang der sozialen und kulturellen Errungenschaften der Arbeiterklasse, das wirtschaftliche Chaos, eine Zeit der entsetzlichen, hoffnungslosesten Elends des deutschen Volkes bedeuten würde!

Warum nicht Nationalsozialisten?

Weil die Nationalsozialisten nur eine andere Spielart kommunistischer Zerstörung sind! Weil sie das deutsche Volk, dessen Kultur vornehmlich auf der Bildung und dem politischen Sinn seiner Arbeiter beruht, für deren Aufstieg die Sozialdemokratie seit mehr als einem halben Jahrhundert gearbeitet hat, der Staatsform der Demokratie unterwerfen wollen! Die Nationalsozialisten schüren die traurigsten und verächtlichsten Rassenhass. Sie sind eine Partei gegen die politische Bildung des Volkes.

Sie wollen inneres Chaos und neuen Krieg nach außen. Die Partei der Lüge, des Mordes, des Krieges — sie heißt die mit dem Hakenkreuz gezeichnete Partei vor den Wählern.

Abrechnung mit den Parteien der Zerstörung und des Chaos, das ist das oberste Gebot!

Und die Parteien der Rechten?

Die deutschnationalen Politiker sind die Nachfolger jener Männer, die die Schuld für die verhängnisvolle Politik der Vorkriegszeit tragen. Die Kreise hinter dieser Partei stehen, sind die herrschenden Kreise des alten Kaiserreiches. Sie haben Deutschland ins Unglück geführt. Sie haben das deutsche Volk in den Krieg hineingeworfen, sie tragen die Schuld am Zusammenbruch und Unglück Deutschlands. Dennoch wollen sie zurück zum alten Obrigkeitsstaat! Die Wiedererrichtung des Kaiserreiches aus der Zeit des Kaiserreiches ist ihr

Ziel. Ueber alles die Vorherrschaft der ostelbischen Junker über das ganze deutsche Volk, die Begünstigung des Großgrundbesitzes, sei es auch um den Preis des Ruins der deutschen Volkswirtschaft! Was diese Partei will ist in einem Wort gesagt: Ein Königreich der Reichen über die elenden Massen des armen Volkes!

Keine Stimme auch der Wirtschaftspartei! Warum nicht?

Weil hier der brutale Gruppenegoismus triumphiert, die engstirnig reaktionäre Gesinnung der Hausbesitzer, der Geist der Ausplünderung der städtischen Mietsbevölkerung! Wirtschaftspartei: das ist die politische Zusammenfassung der politisch Ungebildeten in Deutschland, das ist die grandioseste politische Bierbankummei, die jedes reaktionäre Experiment gutheißt, die im Staate nur den Handlanger für die Erhöhung ihrer Rente auf Kosten des Volkes erblickt, und die auf den Staat pfeift, wenn er von ihnen Opfer zum Wohle der Allgemeinheit erfordert.

Und die Deutsche Volkspartei?

Das ist mit wenigen Worten: Industriefeudalismus, brutaler Klassenkampf gegen das arbeitende Volk, Diktatur des Reichtums, Ausbeutung der Not des Volkes, künstliche Hochhaltung der Preise, die wahrhaft schuldige an der Verlängerung der Wirtschaftskrise. Die Partei der Aufsichtsräte und Unternehmerjuden, ihre Parole: Profit über Volksinteresse.

Nicht die Rechte, aber auch nicht die Mitte!

Warum nicht Zentrum?

Hier werden die berechtigtesten Forderungen der Arbeiter, die aus wesentlich religiösen Gründen dieser Partei immer noch folgen, schon innerhalb der Partei von den Vertretern des Großbesitzes, in Industrie und Landwirtschaft systematisch zu Boden gehalten und abgewürgt. Die Kräfte der fort-

schrittlichen politischen Demokratie, die in dieser Partei lebendig zu sein schienen, sind im Verklümmern. Langsam und systematisch werden sie von den antidemokratischen Kräften in den Hintergrund gedrängt. Das ist nicht eine Partei großzügig hoffnungsvoller Entwicklung!

Warum nicht Staatspartei?

Weil auch in dieser Partei die Aufsichtsräte und Industrieabgeordneten sitzen, weil sie eine trübe Mischung aus verkümmender Demokratie und nebelhaft romantisch-reaktionärer Ideologie darstellt, weil diese Partei nicht mehr den Mut hat, die deutsche Demokratie in den Mittelpunkt ihres Bekenntnisses zu stellen, weil sie die Traditionen des Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie in Deutschland verleugnet!

Gewählt wird nur Liste 1

Ueber allem aber: Wo wäre unter all diesen Parteien eine Partei, die hoffnungsvoll das Ziel ins Auge fassen könnte, die Mehrheit des Volkes für sich zu gewinnen! Keine Partei ist unter ihnen, die jemals dieses Ziel erreichen wird. Die wahrhaft große Staatspartei, die eintritt, gestützt auf das Vertrauen des Volkes, in Deutschland regieren wird, sie ist nicht unter ihnen.

Wer den Staat wahrhaft bejaht, wer ihm eine klare einheitliche Leitung wünscht, zum Wohle des Volkes und seines Aufstieges, der muß der Partei seine Stimme geben, die die Partei des staatspolitischen Optimismus, des Willens zur ganzen Macht, die wahrhaft große Regierungspartei in Deutschland ist!

Die deutsche Sozialdemokratische Partei wächst diesem Ziele entgegen.

In unaufhörlichen Kämpfen stärkt sie ihre Macht, mag auch Feindschaft und Haß aus allen anderen Parteilagern gegen sie ankürmen. Die Sozialdemokratie vereint in sich die großen Ideale der empfehlendsten deutschen Arbeiterklasse, das Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und wahrer Menschlichkeit mit der Arbeit an der Wohlfahrt des ganzen Volkes und den besten Traditionen deutscher Kulturentwicklung und des deutschen Idealismus.

Gibt der Sozialdemokratie am 14. September mehr Macht — dann werdet ihr euer Bestes für den Aufstieg Deutschlands getan haben!

Wählt Liste 1!

Brünning weicht einer klaren Antwort aus

Er ist offenbar bereits auf eine antidemokratische Staatsreichspolitik festgelegt

Berlin, 10. September. (Eigener Bericht.)
Der Reichskanzler, zurzeit noch Herr Dr. Brüning vom Zentrum, stellte sich am Dienstagabend im Berliner Sportpalast den Zentrumswählern der Reichshauptstadt vor. Die Zentrumsprelle hatte angekündigt, daß er die Gelegenheit benutzte und auf die offenen Fragen des preussischen Ministerpräsidenten, ob er im Sinne des Herrn Treviranus nach den Wahlen unter allen Umständen ohne die Sozialdemokratie zu regieren gedenke, antworten würde. Geantwortet hat Herr Brüning — aber wie? Nicht ebenso offen und frei wie die Fragen des preussischen Ministerpräsidenten an ihn gestellt waren, sondern ausweichend mit Phrasen und Redensarten, wie es nun einmal die Art des Herrn Brüning zu sein scheint.

Brüning begann seinen sorgfältig vorbereiteten Vortrag mit einem Angriff auf den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Keil, der gestern in der sozialdemokratischen Presse die „Generallüge des Wahlkampfes“ aufgezeichnet und nachgewiesen hat, daß die Sozialdemokratie nicht aus der Verantwortung gelassen, sondern zum Teil mit Hilfe des Zentrums und ihres Herrn Brüning bewußt aus der Regierung verdrängt worden ist. Alles das will natürlich Herr Brüning nicht wahr haben. Es ist aber trotzdem so und Herr Brüning ist daran nicht unschuldig. Er hat mit Herrn Treviranus lange vor dem Sturz der Regierung Müller politische Pläne geschmiebt, die in ihrer Konsequenz darauf hinauslaufen, über kurz oder lang an die Stelle der Regierung der Großen Koalition ein Gebilde zu setzen, das später unter der Firma Brüning in Erscheinung getreten ist und sich als „Interessentenhaus“ zweifellos bewährt hat. Es kommt hier bei der Beurteilung nicht im geringsten darauf an, daß dieses Ziel an sich erst im Herbst verwirklicht werden sollte. Das Entscheidende ist, daß dieses Ziel von Treviranus und Brüning gemeinsam verfolgt wurde und daß es

verfolgt worden ist, hat Treviranus in Privatgesprächen nicht einmal, sondern dringende Male offen zugegeben. Im gleichen Sinne haben sich auch seine vollkonservativen Stimmen wiederholt geäußert und daß Herr Brüning schließlich ohne Herrn Treviranus und seinen Beziehungen zum Reichspräsidentenpalais wahrscheinlich niemals das geworden wäre, was er zurzeit noch ist, wird er wohl selbst kaum bestreiten wollen. Brüning wurde es, weil er in den Plan jener Politik, die von Treviranus mit Unterstützung der Umgehung des Reichspräsidenten angestrebt und von ihm bis heute konsequent durchgeführt worden ist, eingeweiht war. Er hat das von keinem Freunde Treviranus in ihn geheilt Vertrauen bis heute glänzend gerechtfertigt, sich immer und immer wieder als sein ausführendes Organ gezeigt, und, wie es den Anschein hat, hat er sich ihm gar über die Wahlen hinaus verpflichtet.

Gewisse Anhaltspunkte dafür finden wir auch in der getriggen Rede des Herrn Brüning. Der erste ist der, daß er einer klaren Antwort auf die Frage des preussischen Ministerpräsidenten auswich und auf die klaren Fragen, die der Führer der Sozialdemokratischen Fraktion des vergangenen Reichstages, Dr. Rudolf Breitscheid, dieser Tage in aller Öffentlichkeit an ihn richtete, nicht mit einem Worte reagierte. Der andere Anhaltspunkt ist der, daß sich Herr Brüning gestern in der Hofe des Siegers vom 15. September fühlte und seine Notverordnungen als des A und B der künftigen Politik bezeichnete. Wer sich zu ihnen bekennt, dem will Herr Brüning Gnade angedeihen lassen, den will er als reumütigen Sünder in den Schoß seiner Regierung aufnehmen. Oder ist das nicht der Sinn ihrer Ausführungen, Herr Brüning, daß „alle, die — wie Sie sagen — guten Willens sind“, Verantwortung in der Regierung zu tragen, zunächst zu Kreuze Frieden und zum Verteidiger ihrer Politik werden sollen? Ist das nicht der Sinn dessen, was Sie

Frauen, Männer, WÄHLT S.P.D. LISTE 1.

mit Herrn Treviranus im stillen Kämmerlein für die Zeit nach den Wahlen ausgeheft haben und was von Treviranus seit Wochen fast in jeder Versammlung an bedeutungsreicher Weise zum besten gegeben und neuerdings auch von dem anderen Vertrauten des Reichspräsidenten, Herrn Schiele, proklamiert wird?

Die Ausführungen dieser Herren, die in der Praxis darauf hinauslaufen, eine Verständigung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie von vornherein unmöglich zu machen, hat der sonst so eifertige Dementi-Apparat der Reichsregierung bisher nicht widerstanden. Vielleicht wird man uns jetzt dementieren. Aber das Herr Brüning und seine Souffleure zuzuschicken selbst für den Fall einer Niederlage am 14. September nicht an einen Rücktritt denken, trotzdem sie sich eines Mißerfolges bewusst sind und Pläne erörtern, wie wir sie oben angedeutet haben, steht außer jedem Zweifel. Nur eine eklantante Wahlniederlage könnte sie vielleicht bewegen, die verfassungsmäßigen Konsequenzen zu ziehen.

Vorerst tun sich dunkle Perspektiven auf, Perspektiven, die vermuten lassen, daß Herr Brüning, der sich gehern noch im Berliner Sportpalast als Verteidiger der Demokratie hinstellte, vielleicht schon in kurzer Zeit von Eugen Berg geleistet wird. Dennoch ist, wie der Führer der Volkspartei,

Herr Scholz, vor Monaten in Mannheim ausführte, auf die Dauer nicht gegen oder ohne die Sozialdemokratie zu regieren. Daß in Zukunft überhaupt nicht mehr gegen oder ohne sie regiert werden kann, das ist unsere Lösung zum 14. September. Sie wird erfüllt durch die Wahl der Liste 1.

Der „Vorwärts“ schreibt zu der Rede des Reichskanzlers im Berliner Sportpalast unter dem Titel „Keine Klarheit“ u. a. folgendes:

„Im eine Entwidlung zur Katastrophe zu vermelden, ist die Sozialdemokratie zu einer Politik der Verständigung bereit. Jedw. unserer Fragestellung war, zu erkunden, ob es in der bürgerlichen Mitte noch Kräfte gibt, die gewillt sind, den deutschen Reichswagen auf der Fahrt in den Abgrund aufzuhalten. Selbstverständlich ist eine Politik der Verständigung nicht so gedacht, daß die Sozialdemokratie auf die Weltentmachung ihrer Auffassungen und ihres Einflusses verzichtet wolle. Die Sozialdemokratie denkt vielmehr so hart in den Reichstag zurückzulehren, daß sie die von ihr vertretenen Arbeiterinteressen kräftig zur Geltung bringen kann. Eine Verständigung kann also von der Seite der Regierung her nicht durch Fortsetzung des bisherigen Kurses, sondern nur durch seine Aenderung ermöglicht werden.“

Spielt Brüning ein doppeltes Spiel?

Treviranus läßt die Rage aus dem Sack — Geheime Verabredungen Brünings mit der Rechten?

Auf die eindeutigen Fragen des preußischen Ministerpräsidenten an den Reichskanzler, ob er mit Herrn Treviranus entschlossen sei, die Sozialdemokratie nach der Wahl unter allen Umständen von der Mitverantwortung auszuklaffen, hat Herr Brüning bisher immer nur ausweichend geantwortet. Warum, ergibt sich aus dem Sach einer Rede, den Brüning's Freund, Herr Treviranus, am Montag in einer öffentlichen Wahlversammlung im Berliner Sportpalast, geprägt hat. Treviranus erklärte dort,

„daß er und die gesamte Regierung die Gegner von rechts als künftige Mitarbeiter ansehen.“

Die Gegner des Herrn Treviranus von rechts sind vor allem die Deutschnationalen. Wenn es richtig ist, daß sie außer von ihm von der „geheimen Regierung“ als „künftige Mitarbeiter“ angesehen werden, dann ist die Antwort auf die Frage des preußischen Ministerpräsidenten an Herrn Brüning gegeben. Wer die Deutschnationalen schon jetzt als „künftige Mitarbeiter“ ansieht, kann nur gegen die Sozialdemokratie regieren wollen. Wie aber stimmt das überein mit den jüngsten Erklärungen des Reichsinnenministers Dr. Wirth über die notwendige Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie? Man gedenkt immer mehr den Eindruck, daß gewisse Herren der Regierung Brüning, darunter der Reichskanzler selbst, auch für die Zeiten nach der Wahl bestimmte Abschnitte

getroffen haben, von denen der andere Teil dieser Regierung nichts weiß!!

Auch Heib legt die Karten auf

München, 2. September. (Eigener Drahtbericht.)

Als Reichskanzler Brüning Ende August zu einer Wahlrede für die Bayerische Volkspartei in München weilte, hatte er u. a. auch eingehende politische Besprechungen mit den prominenten Führern der Bayerischen Volkspartei, über die die Öffentlichkeit bisher nichts erfahren hat. Daß im Mittelpunkt dieser Unterhaltungen die Frage des Kurses des Brüningkabinetts nach dem 14. September gestanden hat, wird jetzt durch eine Rede bestätigt, die Ministerpräsident Dr. Heib in Regensburg gehalten hat. Heib erklärte:

„Ich habe nur den Wunsch, mag kommen was will, daß das deutsche Volk in richtiger Erfassung seiner Lage mit Vernunft und Verstand diese Reichstagswahl vollzieht. Und sollte der Reichstag nicht so anschaun, wie es im Interesse des deutschen Volkes liegt, dann haben wir die Hoffnung, daß Reichspräsident und Reichsregierung fest bleiben und unter allen Umständen die Führung im deutschen Volk behalten. Nur so können wir unsere Nation retten.“

Die „feste Hoffnung“ des bayerischen Ministerpräsidenten gründet sich, wie in unrichtigsten Kreisen verlautet, auf Mitteilungen, die ihm Brüning am 29. August über die Absichten eines Teiles seiner Regierung in München gemacht hat.

Gebante der Roggenstrüfung jurid. Die Sozialdemokratische Partei wendet sich gegen das Roggenstrüfungsgesetz und gegen die Subventionen, die nichts anderes als Subventionen an die Großagrarier sind. Gegen diese Art von Subventionen hat in der Vergangenheit in schärfster Weise auch die sozialistische Partei gewandt. Jetzt aber, wo Dr. Baade verulisch zu verwenden und die Subventionen an die Großagrarier abzubauen, ist das was anderes. Jetzt soll die Subvention der Einfuhrzölle, eine Sache, gegen die sich schon Sozialdemokratie der Vorkriegszeit wandte, ein Verbrechen sein.

Nun soll Dr. Baade im Laufe von 10 Monaten eine Roggenstrüfung von 50 Millionen Mark ausgegeben haben. Wer nicht, ob diese Zahl stimmt. Jedenfalls ist in den letzten Wochen und Monaten der Roggenpreis beständig stark gestiegen worden. Man erklärt diese besonders hohe Steigerung damit, daß man nicht wolle, daß infolge eines ungemessen niedrigen Roggenpreises die Roggenanbaufläche ungehörig eingestürzt wird, was im nächsten Jahr zu einer beispiellosen Steigerung des Roggenpreises führen würde. Man kann selbstverständlich darüber streiten, ob die vorgeschlagenen Stützungen in einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne unbedingt notwendig gesehen sind. Wir können uns auch denken, daß scharfe Stützungen der Roggenpreise dem Reichsernährungswirtschaftlichen Schiele nicht unangelegen kam und daß er mit der scharfen Stützungen die Hoffnung auf besseres Wahlwetter innerhalb der Landtschaft verknüpfte.

Die Entscheidung, wie der Roggenpreis gestützt wurde, lag aber nicht bei der Sozialdemokratie, auch nicht bei dem Reichskommissar Dr. Baade, sondern bei den Stützungsstellen, denen Dr. Baade nicht angehört. Wenn man also im Rahmen der Roggenstrüfung von einem Ergebnis zwischen Baade und Schiele spricht, so ist das ein Widerspruch. Selbst wenn sich Baade für eine schärfere Stützungen eingekauft hätte — was nicht der Fall ist —, hätte er etwas, er würde sich für notwendig erachtete, nicht halb unterlassen dürfen, weil es einem politischen Gegner zum mindesten angenehm war.

Erlangen sind auch die Angaben des landwirtschaftlichen Blattes über das Einkommen Dr. Baade's. Es wird behauptet, Baade hätte zum mindesten ein Einkommen von 40 000 Mark. Wir können verraten, daß er ein Gehalt von 20 000 Mark unter dem Gehalt eines Ministerialdirektors liegt. Für Funktion als Reichskommissar erhält er keinerlei Vergütung. Frankreichs bezieht er nicht. Als Mitglied der deutschen politischen Kommission erhält er eine Vergütung von 1500 Mark, die um die Hälfte unter der Vergütung liegt, die der Vertreter des Handels in dieser Kommission erhält. Dem Monopolamt gehört Baade nicht an, er ist also auch vom Monopolamt nicht, wie die kommunistische Presse behauptet, bezahlt. Das Landhaus Dr. Baade's in Rieneck ist ein Wochenendhaus. Ein Drittel des Grundstückes hat Dr. Baade seit langem dem freien Segler und Reichsbanner zur Verfügung gestellt. Die Grunewaldvilla bei Berlin ist eine Villa, die nicht Fritz Baade, sondern seine frühere Frau besitzt. Fritz Baade selbst bewohnt keine Grunewaldvilla, sondern ein Siedlungshaus in Zehlendorf, für das eine Miete von 142 Mark gezahlt wird.

England hat in Genf gesiegt

Seine Auffassung über Briand's Panuropa-Plan durchgedrungen

In einer Pressebesprechung erklärte der englische Außenminister Henderson am Dienstag, daß sich die Beratungen über Briand's Panuropa-Plan die englische Auffassung durchgesetzt habe. England sei als reich verbunden mit seinen Mitgliedern, die außerhalb Europas liegen. Deshalb sei es für ihn undenkbar, daß neben der dem Völkerbund eine andere Organisation errichtet werden könnte. Henderson teilte u. a. noch mit, daß augenblicklich zwischen Frankreich und Italien täglich Verhandlungen über die Seeabstrichfrage stattfinden. Er ist mit der ständigen Fühlung mit dem italienischen Außenminister zufrieden und hoffe, daß vor Schluß der Versammlung des Völkerbundes ein Ergebnis erzielt werden könne.

Er geht zur Sozialdemokratie weil seine Wähler es wollen

Neuer Austritt aus der Demokratischen Partei

Der bisherige demokratische Stadtverordneter des Düsseldorf-Stadtparlaments Fritz Halberberg ist zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten. Einem Briefe an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion schreibt Halberberg: „Aus den demokratischen Parteitreffen, die im vorigen Jahre meine Stadtverordneterkandidatur wünschten und meine Wahl gearbeitet haben, ist mir nahegelegt worden, ein Mandat in ihrem Sinne weiter auszuüben, zumal Sie fast alles nach links gingen. Ich werde diesem Wunsche entsprechen.“

Immer neue kommunistische Lügen

über den Genossen Baade und die Roggenstrüfungaktion

Ein Berliner kommunistisches Abendblatt hat am Dienstag eine Serie von Verleumdungen gegen den Reichskommissar Dr. Baade, den bekannten sozialistischen Agrarjournalisten, vom Stapel gelassen. Nach dem kommunistischen Blatt hat Dr. Baade mit dem Reichsernährungsminister Schiele ein Wahlbündnis abgeschlossen. Baade soll auch in 10 Monaten 50 Millionen Mark für die Verwendung von Roggen als Schweinefutter verschleudert und so den breiten Massen das Brot verteuert haben. Nach der kommunistischen Darstellung ist Baade ein Grunewaldvillenbesitzer mit einem Einkommen, das höher ist als das Einkommen eines Ministers.

Weiter wird dem Reichskommissar Dr. Baade vorgeworfen, daß er sich von seiner ersten Frau habe scheiden lassen und darüber hinaus noch das Verbrechen begangen habe, auch der Ehe seiner zweiten Frau zu werden. Wir kennen das Privatleben Dr. Baade's nicht. Unserer Auffassung nach gehören derartige Klatschgeschichten auch nicht in den politischen Raum und besonders nicht in den Wahlkampf. Wir wissen nur, daß Dr. Baade für seine Angehörigen, ob geistlichen oder nicht, ob legitim oder illegitim, was auch immer, was man von kommunistischen Größen nicht immer behaupten kann. Wir würden mit Beispielen aufwarten, wenn politische Lüge und Verleumdung das nicht verbieten.

Selbstverständlich sollen die Saboteure des kommunistischen

Blattes nicht Dr. Baade, sondern die sozialdemokratische Parteitreffen, deren Reichstagskandidat Dr. Fritz Baade im Bezirk Regensburg ist. Deshalb wird die Roggenstrüfung in dem kommunistischen Blatt völlig falsch dargestellt und der Unfug behauptet, Dr. Baade sei der „Erfinder der Methode, den Roggen lieber an Schweine zu verfüttern, als ihn den hungernden Massen zu geben.“ Daß die beiden letzten Roggenstrüfungskandidaten, Reformierten jenseitiger Art, einen Roggenüberfluß brachten, dürfte sich ebenfalls auch in der kommunistischen Partei herumgesprochen haben. Nach den Rezepten des Reichslandwirtschaftlichen Bundes und der Großagrarier soll aus der Staat Millionen und Abermillionen Mark in Form von Exportprämien (Einfuhrzöllen) zahlen, damit der deutsche Roggenüberfluß nach dem Ausland exportiert werden kann. Damit ist den deutschen Bauern und auch den deutschen Arbeiter nicht gedacht, denn der mit Hilfe von Staatsgeldern nach dem Ausland exportierte deutsche Roggen geht ja in Form verbilligten Industriearbeitskraft wieder nach Deutschland zurück und vermehrt in Deutschland die Arbeitslosigkeit. Die Pläne Dr. Baade's gehen dahin, den deutschen Roggenüberfluß nicht nach dem Auslande zu exportieren, sondern ihn in Deutschland als Schweinefutter zu verwenden. Auf diesen Gedanken, der durchaus richtig ist und hinter den sich die sozialdemokratische Partei gestellt hat, geht der

Henker Johnny

Roman von Myrtle Johnson

Aus dem Englischen übertragen von Franz Fein

(Kontinuation von Seite 19)

Johnny mußte eine Weile am Rande des Dorfes für ihren zehnjährigen Knaben und brachte Anna und die Lebensmittel triumphiert hin.

„Wir ist hier“, sagte Anna ein wenig schmerzhaft. „Dann sammelte er Zweige und Blätter und machte ein Feuer. Dann begann er seine Fäden anzuspinnen. Er sah ganz erschrocken aus, und die Scherben zerstreuten sich umher.“

„Ich bin nicht hungrig“, sagte Anna laut.

„Nicht hungrig?“ Er war erschrocken und erschrocken. „Anna, ein Feuer machen, Herr. Ich habe sie gekocht, weil ich weiß, daß sie sie gern hat.“

„Nein“, sagte sie: „Anna, sie mag.“

Er hob sie näher und sah sie genau an. Der Feuerstein leuchtete über ihr Haar und ihre geschlossenen Augen. Ihr Gesicht war sehr bleich.

„Anna, Anna!“ rief er sie.

„Sie gab keine Antwort.“

„Oh, sie schläft ein“, sagte er.

Er hob seinen Kopf unter ihren Kopf und ließ sich einen Arm über ihren Hals legen, neckte sie nicht.

„Ja, aber Anna, ich kann nicht glauben, daß sie schläft und mit sich selbst reden zu hören. Gewiß mag sie die Stimme laut an sich hören.“

„Oh, weiter, Johnny. So werden wir nie nach Hause kommen.“

Da packte ihn der Schrecken und erfiel ihm fast. Er nahm ihren schlaffen Leib in die Arme und begann über die Wiege zu sprechen. In der Tat würde man ihn ein Bett und etwas Milch geben. Seine Angst machte ihn ganz krank. Wenn Anna sterben sollte, würde er dieses ganze Dorf tollkühnen essen.

Er schaute verzweifelt: „Daß sie nicht sterben. Daß sie nicht sterben, bis ich in der Tat bin.“

Er wurde immer und immer in seinen Armen, sein Atem ging in mühseligen Schritten. In seinem Schreck rief er einen geschworenen leisen Schrei aus, eine Eule antwortete darauf und ließ es seinen Schrei werden. Gedächtnis kam er auf die Straße, die zum Dorf führte. Er sah ein Licht vor sich, ein freundliches Licht, das durch eine geschlossene, halbgeöffnete Tür schien.

Ein merkwürdiges Haus nahm in der Finsternis Gestalt an. „Gott sei gelobt“, murmelte er, „es ist ein Wirtshaus.“

Die klägliches Weib hörte sich mühselnd seine Bitte an.

Die Engel und Engelchen kamen aus bei, es das ein wunderbares Kind für Sie“, sagte sie. „Der Herr wird Ihnen zum Dank, und Sie sind erst zwei Monate verheiratet. Warten Sie, bis ich sie mir ansehe.“

Er kniete sich nieder und betete die schmerzlichen Worte Gottes. Johnny trat zu ihm und ihr Haar, das sie gelöst hatte, fiel über seinen Arm wie ein Mantel.

„Das arme Ding ist erschrocken“, sagte die Frau. „Tragen Sie sie jetzt hinweg, ich werde sie ins Bett legen. Warten, warten, bis das traurige, eine kleine, junge Dame in so einem Zustand zu liegen.“

Er wuscherte Johnny sanft an, während sie sie über die dunkle, klägliches Lampe hinsetzte; als sie aber die gemächliche Liebe in seinen Augen sah, wurde ihre Miene freundlicher.

„Sie können in die kleine Kammer, und Sie werden einen Korb mitbringen in einem kleinen Korb.“

„Sie können sie auf das Bett legen“, sagte sie kurz zu Johnny. Das Bett war sauber und mit weichen Kissen nicht gemacht worden, aber das kleine Johnny und in seiner heißen Kammer nicht gemacht.

„Das ist mein kleines Bett“, erklärte das Weib, „und es ist klein. Ich werde ich mich um das arme, kleine Ding kümmern, und Sie gehen in das kleine Kammer und sitzen dort.“

Johnny packte sich hastig auf die Straße, aber sie

wollte nichts von seinem Weiden hören, und langsam ging er die Treppe hinunter.

„Ich gehe jetzt auf die Wiege und hole mir meinen Korb“, murmelte er vor sich hin.

Er schlich also aus dem Haus und ging verdroffen früherer Weg zurück. Der schwache Schein des Feuers führte und er nahm Anna's Paket und seinen eigenen Sack, der auch ein Bündel ihres Kopfes zeigte.

Als er zurückkehrte, fiel ein feiner Regen, und er war in das warme, erleuchtete Zimmer zu kommen, dessen Luft sich von Pferstanz war.

Er setzte sich am Feuer nieder und lauschte mühsig Gespräch von sieben Männern, welche die Luft vollführten.

„Wißt ihr“, fragte einer, der einen ungefümmerten Sack bei sich hatte, „daß Macdonald und Reeves — Gott sei ihnen bei — gefunden worden sind?“

„Zum Tod sind sie verurteilt worden“, sagte ein anderer hinzu, ein hartfäugiger Burche mit gierigen Augen.

„Macdonald, der so unglücklich an dem Road ist wie mein eigenes Kind da draußen“, jammerte der erste.

„Was redest du daher, Joe Dawson?“ — es war einer aus der Gruppe. — „Du weißt doch überhaupt nichts von dem Fall.“

„Nicht dein häßliches Maul zu, wenn's nicht ein Ende für dich tun soll“, schrie der Junge mit dem gierigen Augen.

„Neb du lieber nicht von Wählern, James Dawson, hat jeder eins, in das ein ganzes Haus hineingeht, wenn ansieht.“

Die melancholische Stimme des Hartigen machte sich wieder bemerkbar. „Eine große Schande ist es, wie das Gesicht schänder. Aber freilich, in diesem Land gibt es keine Gerechtigkeit und keine Barmherzigkeit, und es wird auch keine solange wir nicht die Führung in unsere eigenen Hände nehmen.“

Vertännt hörte Johnny dem hitzigen politischen Streit der auf diese Worte folgte.

Er dachte an Macdonald und Reeves. Die Kameraden beiden Sekretäre hatten viele Erinnerungen in ihm geweckt. Wieder war Gefängnisluft um ihn. Die Erinnerung der Gefängnisdirektoren und Unterherrs Riegen über ihn.

Er konnte die Last der ständigen Eigenbehauptungen nicht von der Schultern, wo er immer von einer schmerzlichen Erinnerung wurde.

(Fortsetzung folgt)

Wahlerfolg in den ober-schlesischen Minderheitenfragen

Polen im Völkerbundsrat — Änderung der Danziger Verfassung

Die Saarbahnstichfrage noch nicht erledigt

Genf, 9. September. (Eig. Drahtbericht.) Der Völkerbundsrat nahm am Dienstag zunächst den Bericht der Ständigen Mandatskommission über die Minderheitenfragen entgegen. Einwände wurden nicht erhoben. Reichsaussenminister Curtius erklärte die größte Interesse der deutschen Regierung an den Minderheitenfragen zu sein. Er sprach sich für eine baldige Lösung der Danziger Verfassung aus. Der Berichterstatter Henderson sprach sich für eine baldige Lösung der Danziger Verfassung aus. Der Berichterstatter Henderson sprach sich für eine baldige Lösung der Danziger Verfassung aus.

gelernt haben, aus der polnischen Schule in die deutsche Schule kommen können. Polen, das sich in allen ober-schlesischen Fragen diesmal sehr entgegenkommend zeigte, hat die Vertagung der letzten Frage offenbar angeregt, um mit diesen Verhandlungen noch während der gegenwärtigen Tagung zu einer gütlichen Einigung kommen zu können.

In der Frage des Bahnstiches im Saar-gebiet wurde noch keine Entscheidung erzielt. Die Regierungskommission hat die Truppen nach der Rheinlandräumung auf 150 Mann reduziert und dem Rat die weitere Entscheidung übertragen. Als der italienische Außenminister Grandi darüber Bericht erstattet hatte, kam es zu einer mit großer Spannung aufgenommenen Kontroverse zwischen Curtius und Briand. Reichsaussenminister Curtius sprach dem Bahnstich nach Räumung der Rheinlande jede Berechtigung ab, da er jederzeit gegen den Protest Deutschlands ausschließlich zum Schutz der rückwärtigen Verbindung der Besatzungsarmee errichtet worden sei. Die Gendarmerie von rund 1000 Mann genüge zum Schutz der Ordnung und könne jederzeit auskömmlich ergänzt werden. Briand schlug ein Verfahren vor, wonach ein kleines Komitee die Frage prüfen soll, da der Rat mit dem Bahnstich nicht nur die Truppen, sondern auch die Kohlentransporte und den gesamten Bahnverkehr habe sicherstellen wollen. Mit feierlicher Geste betonte er, daß es Frankreich fern liege, unter irgend einem Vorwand Truppen an der Saar zu halten. Er sei einverstanden, daß die Frage halb unterzucht werde. Nachmal antwortete Curtius, die vorliegenden Gründe rechtfertigten zwar eine sofortige Entscheidung, aber er wünsche sich Briands Erwägungen nicht und sei erfreut, daß das Verfahren nur der Beschleunigung dienen solle.

Mit dieser Erklärung glaubt Curtius offenbar besser zum Ziele zu kommen, da er in internen Beratungen noch viele Gründe gegen den Bahnstich anführen kann. Vor der Ratstagung hatten sich Curtius und Briand bereits über dieses Verfahren verständigt. Am Mittwoch wird die erste Besprechung über die strittige Frage zwischen Briand, Curtius und Scialoja, der den italienischen Außenminister als Berichterstatter vertreten wird, stattfinden. Voraussichtlich dürfte dann in der für Sonnabend nachmittag vorgesehenen Ratssitzung die Saarfrage entschieden werden.

Reich die einfarbigen Farben, die man bei kirchlichen Veranlassungen sieht, und so ist es auch mehr oder weniger in anderen Ländern. Wir sind nun gewiß nicht dafür, daß man die bei uns gebräuchlichen Kirchenfarben bei religiösen Veranlassungen ausschließt. Aber wir möchten doch dafür eintreten, daß man auch die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold in gebührender Weise bei kirchlichen und anderen katholischen Feiern berücksichtigte. Gewiß haben die kirchlichen und die Provinzialfarben ihre Bedeutung und mögen sie behalten. Aber stellt man sie allzu stark in den Vordergrund, wie es jetzt in Münster gescheh, so läßt das Aussicht vermuten und verstimmt. Es war ja auch, nebenbei bemerkt, keine Male oder provinzielle Veranlassung, die Münster jetzt erlebt hat, es war ein deutscher Katholikentag.

Und welches war die Absicht. Na, man wollte den katholischen Grafen und anderen Trägern der Katholikentage der Nachkriegszeit, die sich mit der Staatsumwälzung immer noch nicht abgefunden haben, nicht wehe tun. Gewiß ist das, wie die „Tremonia“ einleitend sagte, eine höchst unangebrachte politische Rücksicht. Aber es wäre sicherlich zu dieser Rücksicht nie gekommen, wenn das demokratische Element in der Zentrumspartei und nicht die Herral Grafen und Fürsten maßgebenden Herren der Katholikentage auch der Nachkriegszeit gewesen wären. So lange das so bleibt, dürfte sich ein gewisser „Mißklang“ nie ganz vermeiden lassen.

Gegen wen kämpfen wir?

Jeder Arbeiter wird auf diese Frage antworten: selbstverständlich gegen die besitzenden Klassen, gegen das arbeitserneuernde Unternehmertum, gegen die Faschisten. Nicht so die Zeitung der kommunistischen Partei. In der September-Nummer ihrer Zeitschrift „Der Parteiarbeiter“ wird für die Funktionäre der kommunistischen Partei folgende Wahlsparole ausgegeben:

„Küchelt der Kampf gegen die Sozialdemokratie, erbitterter Kampf um die Arbeitermassen, restlose Zerstörung aller demokratischen Illusionen, Diskreditierung der Demokratie mit Hilfe der ständigen Gegenüberstellung der Handlungen und Ausprüche führender Sozialdemokraten in den letzten Jahren. Viel stärkere Betonung ihrer Rolle während der Zeit der Koalitionsregierung, viel bessere Unterbreitung der Handlungen während der Brüning-Regierung. Das Vertrauen breiter Arbeitermassen zur Demokratie und SPD. muß schrittweise untergraben werden.“

In einem Nachsatz heißt es lediglich, man solle das Zentrum und die anderen Parteien im Wahlkampf nicht „übersehen“. Mit dieser Parole hat die kommunistische Parteileitung aus neue bekräftigt, was die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Berliner Organ des Großkapitals, wiederholt ausgeführt hat: Die kommunistische Partei ist nichts anderes als eine Schuttruppe der Reaktion. Sie erfüllt auch in diesem Wahlkampf die ihr vom Großkapital gestellte Aufgabe glänzend, nämlich, der Sozialdemokratischen Partei und damit der gesamten Arbeiterklasse in den Rücken zu fallen.

Mieter hört es!

Der Interessentenhaufen will den Mieterchutz beseitigen

Wirtschaftspartei verbreitete ein Flugblatt Hausbesitzer, in dem Eugen Berg der Vorwurf wird, er habe den Reichstag zur Auflösung gebracht und die Aufbauarbeit für den deutschen Hausbesitz zerstört. Der Justizminister Bredt, der Führer der Wirtschaftspartei, habe bereits Großes erreicht, aber er habe noch zu tun. Wörtlich heißt es von Bredt:

„Und war gerade in der besten Arbeit, den entscheidenden Schlag für den deutschen Hausbesitz, die Beseitigung der Wohnungsangewandtschaft, zu regeln.“

Sein Gesetzentwurf war fertig! Juli sollte er der Öffentlichkeit übergeben werden. Durch Eugen Berg erzwungene Reichstagsauflösung hat die Arbeit zerstückelt. In der Trümmerstätte steht der Hausbesitz mit der bangen Frage: „Was nun?“

„Wenn der deutsche Bürger, so geht es weiter, bei der Wahl nicht erkennen, dann gibt es keine Aufhebung der Wirtschaft, keine wirtschaftliche ausreichende Mieter.“

„Werden die Hausbesitzer aufgefordert, die Kandidaten der Wirtschaftspartei zu wählen. Denn welche Leute die Spitzen der Wirtschaftspartei? Neben Herrn Bredt gibt es dort noch die folgenden Spitzenkandidaten:“

Dr. Jörissen, Vorstandsmitglied des Zentralverbandes der Hausbesitzervereine, Führer des rheinischen Hausbesitzes, Lude, Vorstandsmitglied des sächsischen Hausbesitzerverbandes, v. Fu, Führer des badischen Hausbesitzes, Vorstandsmitglied des Zentralverbandes, Dr. Kade, Führer des hessischen Hausbesitzes, Söllner, Vorstandsmitglied der Münchener und bayerischen Hausbesitzerorganisation, Ballmann, Führer der Hausbesitzerorganisation in der Pfalz, Hegel, Vorsitzender des hürnerberger Hausbesitzes, Prof. Dr. Horneffer, Führer im Hesse-Darmstädtischen Hausbesitz, Collofer-Mollath, Vorstandsmitglied des Bundes der Berliner Hausbesitzer.

Selten ist in so offener Weise zugestanden worden, daß die Wirtschaftspartei die einseitige Interessensvertretung ist, die man sich nur denken kann. Auf sie trifft in allererster Linie das Wort des Reichsaussenministers Dietrich von dem Interessentenhaufen zu. Die Wirtschaftspartei hat es schon im vergangenen Reichstag glänzend verstanden, aus der Politik ein Handelsgeschäft zu machen. Wenn ihr auch im neuen Reichstag eine Teilhabestelle in einem Bürgerblut eingetäumt werden sollte, dann hat die letzte Stunde für den Mieterchutz geschlagen. Was ist der Wirtschaftspartei das Allgemeininteresse, was bedeutet ihr der Schutz der leistungsschwachen Volksteile? Bei ihr gilt nur das selbstsüchtige Geminstreben der Hausagrarien und Bodenwucherer!

Am 14. September wird mit der Wirtschaftspartei der gesamte Bürgerblut auch auf diese Herausforderung die gebührende Antwort erhalten!

Recht Seite 11

Wieder ein Schädling ausgemerzt

Darmstadt, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) In Hessen ist jetzt zum ersten Male gegen einen Beamten wegen seiner Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Amtsentlassung angedroht worden. Das Verfahren richtet sich gegen den Schutzpolizei-Wachmeister Hallstein, der im Jahre 1925 von der Reichswehr übernommen wurde und dem zur Last gelegt wird, durch propagandistische Tätigkeit in der Schutzpolizei seine Dienstpflicht in der schwersten Weise verletzt zu haben.

Der Völkerbundsrat über Palästina

Der Völkerbundsrat nahm am Montag einen Bericht des finnischen Außenministers über die Mandatsverwaltung in Palästina entgegen. Der Bericht enthält zum Schluß eine Entschließung, in der die britische Regierung aufgefordert wird, Maßnahmen zu ergreifen, um die Gleichberechtigung zwischen Juden und Arabern sicherzustellen und die jüdische Einwanderung nur zeitweilig zu beschränken.

Der englische Außenminister Henderson erklärte nach dem Bericht, daß die englische Regierung erfreut sei, die Schwierigkeiten der Mandatsverwaltung in Palästina in so weitgehendem Maße berücksichtigt zu sehen. England sei erfreut, daß die Kommission sich nicht als Vormund der britischen Regierung betrachte. Die englische Regierung wolle mit der Kommission nicht in Differenzen kommen, sie werde die Schlußfolgerungen der Resolution beachten und mit den Ratsmitgliedern der Mandatskommission in Einklang zu kommen streben. Der Frieden und die Wohlfahrt Palästinas könnten nicht allein von der Mandatsmacht selbst erfüllt und gewährleistet werden. Sie wäre deshalb für jede Unterstützung dankbar.

Die Entschließung aus dem Bericht der Mandatskommission wurde schließlich einstimmig angenommen. Der Rat verabschiedete dann noch die Berichte über die Frauenhandels-Enquete im Orient, die wirtschaftlichen Arbeiten, den Opium-Schmuggel und die griechisch-jugoslawische Auswanderung. Abschließend wurde der Vorschlag Frankreichs, den ständigen Internationalen Gerichtshof zur Berufungsinanz für Schlichtungen zwischen einzelnen Staaten zu machen, auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung gesetzt.

Blutige Kämpfe in Buenos-Aires

Angeblich die Folgen eines Mißverständnisses

Trigoyen wieder verhaftet, ebenso das ganze Bundesparlament

Buenos Aires, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht zum Dienstag erfolgten blutige Zusammenstöße in der argentinischen Hauptstadt zwischen 7000 Menschen das Leben. 56 wurden verwundet.

Veranlaßt durch die Zusammenstöße, ordnete die Revolutionsregierung am Dienstag vormittag die Wiederentlassung des Expräsidenten Trigoyen und die Freilassung sämtlicher Mitglieder des Bundesparlamentes an. Zugleich wurden energische militärische Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung ergriffen. Die sich nachträglich herausgestellt hat, sind die blutigen Zusammenstöße in der Nacht zum Dienstag auf ein Mißverständnis zurückzuführen. Mehrere Regimenter, die Befehle von einer Gegenrevolution erregt worden waren, zogen auf die in der Nähe gelegenen Truppenkaserne. Die argentinischen Soldaten erwiderten das Feuer, so daß sich schließlich ein heftiges Feuergefecht entwickelte. Als der Tag grante wurde man, daß zu Tausende Menschen einem Mißverständnis zum Opfer gefallen waren.

vor dem Wahltage gelegt, damit sie noch rechtzeitig durch gemeinschaftliche Beschlüsse auf den Ausgang der Wahl einwirken können. Diese Konferenz findet am Mittwoch und Donnerstag unter Vorsitz des politisch besonders freisinnigen Münchener Kardinals Faulhaber in Freising statt.

Zentrumsfrauen vor Schwarz-Rot-Gold

Die Berliner „Germania“ widmet dem Katholikentag in Münster eine rückwärtige Betrachtung aus der wir u. a. erfahren, daß die 66. Katholikentagsversammlung ohne jeden Mißklang“ abgeschlossen worden ist. Was heißt das etwas übertrieben, denn in der Dortmunder „Tremonia“, die sich mit dem Katholikentag in ihrer Dienstag-Ausgabe ebenfalls rückwärtend befaßt, lesen wir folgendes:

„Über den beiden Festhalten wehte in diesen Tagen von Anfang an die schwarz-rot-goldene Reichslage. Daß die für die innere Ausschmückung verantwortliche Kommission des Zentralkomitees, vielleicht aus irgendwelchen an sich höchst unangebrachten politischen Rücksichten, glaubte, im Innern der Halle Münsterland mit einem Duzend oder mehr stützigen Plaggen auskommen zu können, war ein bedauerlicher Fehler, der viel bemerkt wurde. Man hat diesen Fehler alsbald in etwas dadurch wettgemacht, daß man wenigstens eine Fahne in den Reichsfarben anbrachte, allerdings an einer Stelle, wo sie von den Zuhörern kaum jemand beachtete, nämlich hinter deren Rücken. In Münster, wo man sich trennt und zum Volksland, für Männer wie Marx und Brüning, Herold und Schreiber bekannt, herrscht eine merkwürdige Scheu vor Schwarz-Rot-Gold. In den Straßen, für deren Beflaggung die Stadt gefordert hatte, sah man auf weiten Stellen keine Reichsfarben. Nur dem Rathaus gegenüber wehte eine Fahne und bescheiden. Kat und Reich (hat gewiß nicht nur die polnischen, sondern auch die weltlichen Farben, und man hat Verständnis dafür, daß die Provinzialkommission für diese Farben eine gewisse Schwäche hat und sie neben ihren eigenen Farben bei der Beflaggung zur Geltung zu bringen sucht. Aber das dürfte nicht so ausschließlich auf Kosten der Reichsfarben geschehen. In keinem anderen Lande wäre so etwas möglich. In Frankreich ist die Tricolore bei religiösen Feiern eine Selbstverständlichkeit, in Polen sind die Nationalfarben Rot und

Kanada erhöht die Zölle

Montreal, 9. September. (Eig. Funbericht.) Am Montag wurde die Sonder-session des neu gewählten kanadischen Parlaments eröffnet. In einer Erklärung der konservativen Regierung wird auf die dringende Notwendigkeit erhöhter Zölle zur Erleichterung der Wirtschaft und der Arbeitslosigkeit hingewiesen. Die Regierung verfügt über die absolute Mehrheit, so daß an einer baldigen Herauslösung der kanadischen Schutzzölle nicht zu zweifeln ist.

Die Lage in China

Peking, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Kankinger Regierungstruppen melden einen Sieg über ihre Gegner, die sich nach den Provinzen Hunan und Kiangsi zurückgezogen haben sollen. Die Peking Regierung hat sich am Dienstag konfirmiert. Ministerpräsident ist General Yen. In einem Aufruf erklärt der Ministerrat, er wolle versuchen, die Korruption zu beenden und die Stabilität der Staatsfinanzen wieder herzustellen.

Wird der Bischof kein Geld, ist die Religion in Gefahr

Neuer Mißbrauch der Kanzeln in Bayern München, 9. September. (Eig. Drahtbericht.) Der Schinckard des Wahlkampfes greifen die des in Bayern von jeder besonders an der Tagesordnung war, die Bischöfe ein, von denen nicht weniger als im verhältnismäßig kleinen Bayern 14 haben. Sie alle werden samt ihren per se nicht übersehen Dekanatskapitel von dem verarmten Staat mit einem jährlichen Aufwande von 14 Millionen Mark unterhalten. Jetzt haben sie Briefe zugunsten der Bayerischen Volkspartei erhalten, und zwar unter dem Motto „Die Religion in Gefahr“. Die gläubigen Katholiken werden verzweifelt um solche Kandidaten zu wählen, die im Reichstag die Arbeit auch für die Kirche leisten.

Die einzelnen Kirchenbriefe, die von allen Kanzeln der katholischen Kirche herab verlesen werden, drängen aber den Bischöfen als Propaganda nach. Die jährliche Konferenz haben sie diesmal in die Woche

Antifäher Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Kriegerstr.

(Wochensicht, auch mit Quantitativem versehen.)

Die Tage sind über dem Nordsee Küsten einer leichten Bewölkung überlassen. Doch läßt der schwache Nordost Wind von Nordosten und Westen her an. Wetterlich schließt sich von Frankreich herab Wolkenmassen an. Dabei steigt die Temperatur über Mittelwerte an. Dabei steigt die Temperatur über Mittelwerte an. Dabei steigt die Temperatur über Mittelwerte an.

Wochensicht für den nächsten Zeitraum und die letzten Mittelwerte:

Temperatur: vielmal bemessenes, Mittel mit Beobachtung, Regenfall: etwas Regen, Wind: ...

Wochensicht für den nächsten Zeitraum:

Bei wechselnden Winden nach mittelmäßig, nur nach vereinzelt kalten Niederschlag, Temperaturen wenig verändert.

Wer wirbt um Deine Stimme?

Die Wahlvorschläge in den niederschlesischen Wahlkreisen

In den beiden niederschlesischen Wahlkreisen Liegnitz und Breslau wurden folgende Wahlvorschläge eingereicht und zugelassen:

Im Regierungsbezirk Breslau:

Nr. 1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Paul Löbe, Redakteur, Breslau, Karl Wendemuth, Redakteur, Waldenburg, Marie Anzorge, Nieder-Salzbrunn, Hans Jiegler, Geschäftsführer. Nr. 2. Deutschnationale Volkspartei: Dr. Agel von Freitagshausen, Loringhoven, Universitätsprofessor, Breslau, Paul Gebel, Landwirt, Rastow, Kreis Groß-Warthenberg, Freda v. Rechenberg, Breslau, Dr. Johannes Spreuer, Abteilungsdirektor, Breslau. Nr. 3. Zentrum: Dr. Heinrich Bräuning, Reichsanwalt, Dr. Ludwig Perlickus, Landwirtschaftsinspektor, Glas, Josef Unterberger, Köpfer-Obermeister, Breslau, Jakob Kadus, Gau-leiter, Breslau. Nr. 4. Kommunistische Partei Deutschlands: Friedrich Karl Hecker, Redakteur, Berlin, Karl Feder, Schmieb, Dittersbach, Hermann Müller, Maurer, Langenbielau, Margarethe Kahne, Steinmetzmeister, Berlin. Nr. 5. Deutsche Volkspartei: Werner v. Rheinbaben, Berlin, Dr. jur. Hans-Wolfgang Schimmelpfennig, Geschäftsführer wirtschaftlicher Verbände, Breslau, Frh. Hippel, Kaufmannischer Angehelfer, Waldenburg, Emma Schriber, Breslau. Nr. 6. Deutsche Staatspartei: Wolfgang Jaenide, Potsdam, Friedrich Naumann, Schiefer, Kreis Löwenberg, Minna Tscheppe, Schweidnitz, Ernst Aloise, Breslau. Nr. 7. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei): Hermann Drewnitz, Vödermeißler, Berlin, Gotthard Sachenberg, Kaufmann, Berlin, Franz Schmidt, Breslau, Kurt Hahn, Breg. Nr. 8. Handel, Handwerk, Hausbesitz: Franz Schmidt, Fleischermeister, Schönfeld, Kreis Habelschwerdt, Josef Biele, Baummeister, Breslau, Paul Döhrer, Kaufmann, Breslau. Nr. 9. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei: Helm Brückner, Schriftleiter, Jobben, Dr. Hans Frank, Rechtsanwalt, München, Max Jilusch, Hindenburg OS., Hermann Schaeider, Rittergutsbesitzer, Gersdorf bei Namslau. Nr. 10. Christlich-sozialer Volksdienst: Martin Schiele, Gutspächter, Scholene, Kreis Jerichow, Georg Saur, Gutspächter, Dittersbach, Kreis Sagan, Eberhard Bergmann, Stellenbesitzer, Steinau a. O., Max-Edmann von Koedern, Rittergutsbesitzer, Samsdorf, Kreis Breslau-Land. Nr. 11. Volkspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) und Christlich-sozialer Reichspartei: Arthur Graf Poladomitz-Welner, Raumburg (Saale), Friedrich Brink, Justizrat, Berlin, Paul Rollinowski, Kaufmann, Breslau, Karl Klopisch, Striegau. Nr. 12. Deutsche Bauernpartei: August Hillebrand, Bauer, Heinersdorf, Kreis Grottkau OS., Julius Herrmann, Landwirt, Breslau, Hermann Köhler, Stellenbesitzer, Nieder-Seilau, Kreis Reichenbach, Bernhard Feder, Rentengutsbesitzer, Friedersdorf, Kreis Streichen. Nr. 13. Konserwative Volkspartei: Treviranus, Berlin-Charlottenburg, Dr. Paul Lejeune-Jung, Spuditus, Berlin-Charlottenburg, Eduard v. Eichhorn, Bankier, Breslau, Hans Schäfer, Abteilungsleiter, Rosenau, Kreis Lüben. Nr. 14. Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung): Gustav Hüller, Arbeiterführer, Breslau, Gertrud Eitner, geb. Heiser, Breslau, Oskar Krize, Rektor, Göttersberg, Walther Klose, Oberrentenrat, Reiche. Nr. 15. Polska Katolicka Partia Ludowa (Polnisch-katholische Volkspartei): Karl Koziolek, Warrer, Grabine, Kreis Neustadt OS., Artadius Bozet, Landwirt und Gemeindevorsteher, Markowitz OS., Ambrosius Pordzil, Gemeindeführer, Hindenburg OS., Leon Pomolna, Sanftleiter, Dypeln OS. Nr. 16. Deutsche Volkspartei für wahre Volksrechte: Wilhelm Rehling, Schneider, Radeburg, Josef Schmidt, Kaufmann, Breslau, Arthur Hartwig, Kaufmann, Breslau, Otto Polacek, Kaufmann, Breslau. Nr. 17. Haus- und Grundbesitzer: Rudolf Hüttig, Fargen, Friedrich Wolfhagen, Schabmaschmeister, Radeburg-Rothleben. Nr. 18. Nichter- und Rechts-Reichspartei: Robert Feder, Kaufmann,

Breslau, Helene Fochl, geb. Langer, Breslau, Heinrich Tischler, Breslau, Hugo Barth, Kaufmann, Breslau.

Im Regierungsbezirk Liegnitz:

Nr. 1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Paul Taubadel, Otto Buchwitz, Anna Kemih, Emil Girbig. Nr. 2. Deutschnationale Volkspartei: Oskar Jergl, Paul Glauer, Nieder-Schönfeld, Richard Murich, Liegnitz, Georg Jaidler, Warrer, Kassel. Nr. 3. Zentrum: Dr. Josef Wirth, Paul Kurzie, Glogau, Otto Vanl, Avelsdorf (Schele), Martha Wenig, Liegnitz. Nr. 4. Kommunistische Partei: Friedrich Hecker, Redakteur, Berlin-Schöneberg, Arthur Ulrich, Breslau, Berta Poljetele, geb. Wit, Sagan, Karl Laube, Grünberg. Nr. 5. Deutsche Volkspartei: Dr. Ing. e. h. Max Schmidt, Hirschberg, Elisabeth Hempel, Vicant, Wolfram Weiß, Jauer, Franz Fischer, Sagan. Nr. 6. Deutsche Staatspartei: Wolfgang Jaenide, Potsdam, Johann Friedrich Naumann, Schiefer bei Sahn, Walter Zuder mann, Weizenrodan, Kreis Schweidnitz, Paula Wittkötter, Görlitz. Nr. 7. Reichspartei des deutschen Mittelstandes: Hermann Drewnitz, Berlin, Wladislaw, Gotthard Sachenberg, Berlin, Hermann Otte, Arnsdorf bei Liegnitz, Sotho Duahnig, Görlitz. Nr. 8. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbew.): Helmut Brückner, Jobben, Dr. Hans Frank, München, Max Jilusch, Hindenburg OS., Hermann Schneider, Gersdorf bei Namslau. Nr. 9. Christlich-sozialer Volksdienst: Martin Schiele, Berlin, Georg Saur, Dittersbach, Kreis Sagan, Erich Schmidt, Langheinersdorf, Kreis Sagan, August Stöcker, Hartau-Grünau, Kreis Landeshut. Nr. 10. Volkspartei: Graf von Posa-domitz-Welner, Raumburg, Friedrich Brink, Berlin, Tempelhof, Gustav Junek, Liegnitz, Paul Bohms, Liegnitz. Nr. 11. Deutsche Bauernpartei: August Hillebrand, Heinersdorf bei Grottkau, Julius Hermann, Breslau, Robert Koffe, Plochow, Kreis Grünberg, Reinhold Schreiber, Malchowitz, Kreis Frenstade. Nr. 12. Konserwative Volkspartei: Gottfried Reinhold Treviranus, Dr. Paul Lejeune-Jung, Eduard v. Eichhorn, Breslau, Hans Schäfer, Rosenau. Nr. 13. Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung): Gustav Hüller, Breslau, Alfred Langner, Lauban, Theodor Sopau, Glogau, Luise Schöpfer, Liegnitz. Nr. 14. Polska Katolicka Partia Ludowa (Polnisch-katholische Volkspartei): Karl Koziolek, Grabine, Kreis Neustadt OS., Artadius Bozet, Markowitz, Kreis Reichenbach, Ambrosius Pordzil, Hindenburg OS., Leon Pomolna, Dypeln. Nr. 15. Serbische Volkspartei (Polnische Partei der Kaufleute): Jakob Lorenz, Schleife OS., Christian Tausend, Bluno, Kreis Sagan, Maria D., Gustav Kertin, Uff.

Kranthafte Polophobie

— und Angst vor der organisatorischen Kraft der Sozialdemokratie

Herr Schadewaldt, Chefredakteur und Leitartikler der 'Kriegszeit', hat in der Sonntagsausgabe seines Blattes ausführlich mit den Wahlproblemen, wobei er beweglich über die 'fallweise' verlebte Moral' und darüber jammert, daß das Zentrum in Preußen sich immer noch mit dem 'christlichen' und wirtschaftsfeindlichen Marxismus befaßt. Außer den Zentrumsleuten und den Nazi, die er anerkennend auch nicht schilt, wenn auch nicht kritisiert, findet Schadewaldt aber mit der ihm eigenen Findigkeit heraus, daß es in Oberschlesien noch eine 'gefährliche Gruppe' gäbe, deren 'Wahl- und Wahlrecht' in der 'Verhängnisvolle' die Polen. Obwohl es die polnischen Katholiken in ganz Preußen bei der vorigen Wahl nicht einmal zu einem Landtagsmandat gebracht haben, ihr Einfluß ganz unverkennbar fortgedauert, obwohl ein oder mehrere polnische Abgeordnete wirklich, noch

nicht den Untergang des Reiches und seiner deutsche sprechender Bürger bedeuten würde, macht er den Eindruck, daß in den letzten Tagen Polen aus 'besuchswürdige' (die Anführertruppe stammen nicht aus Liegnitz) nach Oberschlesien gekommen seien, um am Sonntag 'die wankenden Reihen der polnischen Wähler zu helfen'. Wieviel Stimmen zur Erlangung eines Mandats notwendig sind, scheint Herrn Sch. nicht bekannt zu sein, 'niemals polnischgeimintet aber polnischgeimintet Staatsbürger seien im Begriff, den 'polnischen Agitatoren zu gehen'.

Wir können noch viel mehr verraten: ein großer Teil der deutsch sprechender Staatsbürger sind im Begriff, den 'polnischen Agitatoren ins Garn zu gehen'. Über neben der 'polnischen Gefahr', deren Laune und Wankmöglichkeit ein Mandat zu erringen, schwarz in die Hand gemalt wird, hat Herr Schadewaldt noch eine andere Gefahr festgestellt. Er schreibt — da er nicht imstande ist, die Anführung anderer als mit herablassenden Werturteilen ihr bloßes Vorhandensein und ihre Agitation zu beurteilen — hierüber folgendes:

Vor lauter parteipolitischen Eigenbrötelerei und politischer Inkonsequenz verkennt die Masse der Wähler die Wucht und Disziplin der sozialistischen Organisationen, deren Einfluß in Reich und Staat an allen Niedergang, an Mißwirtschaft und Korruption, an allen Niedergang, an Mißwirtschaft und Korruption natürlich ausgenommen. Redaktionen, Parteiführer aller Richtungen tragen die Verantwortung für die unter dem Schutze der Uneingekerkerten bis Dietrich die revolutionären Kräfte behaupten und die Wirtschaft der Maulwurfsarbeit des Sozialismus und Kommunismus ausgeliefert sind.

Aus der Umgebung

Öffentliche Wählerversammlung

in den Kreisen Breslau-Land-Neumarkt

- Donnerstag, den 11. September:
- Reichswitz: Lokal Jaische, 20 Uhr; Redner: Fränkel, Nipper, Lokal Stellmach, 20 Uhr; Redner: Biewald, Götlich, Lokal Hirtel, 19 1/2 Uhr; Redner: Fritsch, Arnoldschule, Lokal Gabriel, 19 1/2 Uhr; Redner: G. J. Dieckhoff, 20 Uhr; Redner: Hannaf.
 - Reichswitz: Lokal Dreßler, 20 Uhr; Redner: Kaufmann.
- Freitag, den 12. September:
- Lohe: Lokal Wels, 20 Uhr; Redner: Genosse Junke, Schmalz: Lokal Rabitz, 20 Uhr; Redner: Gen. Kufelke, Neumarkt: Lokal Hohes Haus, 20 Uhr; Redner: Gen. K. J. Zweibröd, unter freiem Himmel, 20 Uhr; Redner: Gen. K. J. Jachmann: Lokal Giffel, 20 Uhr; Redner: Genosse E. J. Groß-Warthenberg: Lokal Guhl, 20 Uhr; Redner: Genosse E. J. Wilschütz: Lokal Grab, 19 1/2 Uhr; Redner: Genosse E. J. Boguslawitz: Lokal Kaiser, 20 Uhr; Redner: Genosse E. J. Wilschütz: Lokal Hainte, 20 Uhr; Redner: Gen. K. J. Protisch-Weide: Lokal Schneider, 20 Uhr; Redner: Gen. K. J. habe.
 - Wiltz: Lokal Materne, 20 Uhr; Redner: Genosse B. Gersdorf: Lokal Juhnner, 20 Uhr; Redner: Gen. W. J. J.

Ob „arm“! ob „reich“! Broadway sind „alle“ gleich

Dienstag, den 15. September: Eröffnung in Gartenstraße 65 (neben Capitol)

Familien-Anzeigen

Am 6. September entrift der unerlöschliche Tod aus unserer Reihen unsere liebe Mitbewerberin

Frau Ernestine Suche

im Alter von 69 Jahren. 728

Sie hat ihre Pflicht bis zum letzten Atemzug getan, und ihr Verdienst wird in uns weiterleben.

Die Belegschaft der Firma Marmorwerke Gustav Schulze A.G. Breslau, Hindenburgstraße 215.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Am 8. Sept. verstarb die Ehefrau unseres Freundes und Verbandkollegen, des Drechslers Heinrich Kapf

Frau Emilie Kapf geb. Daus

im Alter von 62 Jahren. 728

Ein ehrentreues Andenken bewahren wir

Die Mitglieder der Verbandsstelle Breslau.

Bereitigung: Donnerstag, 11. Sept., nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Fiskuswärters Friedhofes.

Stadttheater

Abend 21.15 bis 23 Uhr.
Drama: „Die Götter“
Schauspiel: „Die Götter“

WELICH

Tägl. 8 Uhr
Liedersprüche

Elliptanone

das große Variété
konzertiert Pa. Pflüger
Tel. 346 45

WAPPENHOF

Beste Mittwoch
sowie tägl. (auß. Sonnabend) 4 u. 8 1/2 Uhr
Das goldene Süss-Lebensprogramm
Das Haus jubelt!

Große Variété-Vorstellungen

10 Weltstadt-Leistungen 10

Ab 8 Uhr: **Elle-Fans**
das ungehörte Variété-Programm

Gastspiel des Tanz-Orchesters Schwarz-Weiß

Sensational 12 Herren-Sensation!
Eintritt mit Tanz 50 Pfennige.

Am 9. September früh 9 Uhr, verschied nach langer, schwerer Leiden unsere innig geliebte Tochter

Gerda

im Alter von 18 Jahren 9 Monaten. 728

Das selige schmerzliche

Die Trauerfeierlichkeiten werden am

Wittobald Burmann und Frau

abgehalten.

Bereitigung: Freitag 12. September, nachm. 4 1/2 Uhr, auf dem Familiengruft-Friedhof, Rastow-Str.

Mauersteine, Bauholz Bretter, Brennholz

von Albert der Jungferstraße Georg-Mühlern
Kilg. abgehoben

L. Haas, Albert Gr.-Mühlern

Lobe-Theater

Telefon 56747
Der neue bis Freitag
Telefon 20.15 Uhr
bis 22.30 Uhr
Singspiele der Welt
Sonnabend, 20.15 Uhr
Samstag, 20.15 Uhr
Sonnabend, 20.15 Uhr
Sonnabend, 20.15 Uhr

Welt-Meisterschaft

1530 in Hindenburg
100 Kasse zeigen: Welt
Raythel - Weiß
Entscheidung:
Furcaud - Equien
Kraus - Steinhilber
Entscheidung:
Furcaud - Kämpfer
Verkehr: Vacht-Schön

Bräuers Festsaal

Gallstraße 22

Beste Mittwoch:

Der beliebte verkochte

Der bekannte Betrieb — Die neue

Achtung!
Meinen werthen Gästen, Freunden und Bekannten
Kann ich mit dem 4. September eine
Mittheilung der Firma Quynra, Friedrich-Wilh-
straße, und bitte um ein gütiges Zusprechen.

Freitag: Schweinschlacht

Gasthaus in bester Gasse!
Es laden ergebeut ein
Oekonom: Hans Kotenda und

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Am 7. September verstarb unser Freund und
Verbandkollege, der Drechslers

Robert Schindler

im Alter von 62 Jahren. 728

Ein ehrentreues Andenken bewahren wir

Die Mitglieder der Verbandsstelle Breslau.

Bereitigung: Donnerstag, den 11. September,
nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Fiskuswärters
Friedhofes, Rastow-Str.

Zurück zum Dr. Goldberg

Rechenweg, May 12

Zurück zum Dr. Goldberg

Rechenweg, May 12

Wappenhof

Dr. Kurt Luch
Tel. 346 45

Freitag: Schweinschlacht

Gasthaus in bester Gasse!
Es laden ergebeut ein
Oekonom: Hans Kotenda und

Leerzimmer

Die Räume sind sehr geräumig,
sind mit 25 St. monatlich
Offen mit Hochdruck
A. 942 an die Gasse

Zurück zum

Rechenweg, May 12

Breslauer Nachrichten

Ich hol' Dir vom Himmel das Blau

In diese Verszeile eines gegenwärtig viel gesungenen Schlagers muß ich denken, wenn ich den vor mir liegenden Flugblätter gegnerischer Parteien durchblättere. Armer, unglücklicher Wähler, wird es Dir nicht gehen, wie jenes Hans Eitel, der zwischen zwei Heubündeln verhungerte? Wirst Du nicht auf dem Wege Dir eine Zahl zu suchen, die Du am nächsten betrocknen sollst, doch noch die falsche erwischen, weil — — —

Man die in allen Schrift- und Tonarten gehaltenen, so erfährt man erst, wie schlecht es Deutschland geht, mit um Haarsbreite an einem Abgrund tockeln und tot in vierzehn Tagen den Untergang, wenn auch nicht des Landes, so doch des deutschen Reiches erleben würden, wenn nicht am 14. September Neuwahlen angelegt wären und dann wieder herrliche Zustände uns befehrt.

Die Ketter! Da sind zunächst unsere alten Deutschen (noch gibt es welche), die zu vornehm sind, mit Maul zu fechten, und — weil ja doch niemand in ihre Annahmen kommt — ausgenommen die Zirkus-Nummer Hugenberg — ihre dicken Lügen auf Duzenden verschiedener Blätter in den verschiedensten Druckereien hergestellt, an das Volk heranbringen. „Eine Katastrophe von nie da umfange steht bevor“, wenn nicht sie ans Ruder gehen und für „die Verhinderung des polnischen Handelsvertrages“ (man will mit den Schweinen aus Polen die Agrarier dem Osten wieder in die Partei bringen), „für den Schutz der deutschen Arbeit“, für die „freie Entfaltung der schaffenden der Nation“ (ein Redakteur der „Schlesischen Zeitung“ dies bestimmt nicht geschriebenen) Sorge tragen würden. Mit „Frontsoldatentradition“ (0,1 Prozent des aktiven Offiziers und Großgrundbesitzer, 0,5 Prozent des aktiven Offiziers, dagegen 84 Prozent der schaffenden Bevölkerung waren einer Erhebung des Statistischen Reichsamtes 1918 an der soll die „Macht des Marxismus gebrochen werden“). Da — „Knechtschaft und Untergang“ entgegen und „Freiheit gedeihen für Deutschlands Zukunft“ erringen. Freiheit Hugenberg, das sollen die Wähler einschließlich der Rechte in der „Schlesischen Zeitung“ den Deutschnationalen sein.

Schreibt uns Hugenberg mit seinem deutschnationalen Rest Freiheit, so wird uns Brüning und das Zentrum Erwerbungen von den Steuern bringen. So zu lesen auf den Seiten, die uns am Schluß die Liste 3 empfehlen. Der verzehe Leser erfährt in einem Flugblatt, das allerdings nicht die Arbeiter, sondern für die Mittelständler bestimmt ist, daß die „Zentrumsfraktion“ immer wieder auf starke Herabgedrängt hat. Und weil man durch Freiheit immer weniger verblüffen kann, wird von der „Interessenpolitik“ der Zentrum und von der Zentrumsfraktion als der „Partei der Einigkeit“ gesprochen. Da ist schon der Zeichen dem einen Flugblatt ehrlicher, als der Schreiber gewesen, er Brüning zeichnet, der die Interessen der Hauswirte, der Kleinrentner und des Handwerks bedacht und für den Arbeiter, den Kleinrentner und Arbeitslosen kein Plätzchen unter dem schützenden Schirm läßt. Die zweifelslos größte Gemeinheit aber leistet die noch dazu an Arbeiter gerichtete Zentrums-Flugblätter, die mit ausgesprochenem antisemitischer Tendenz gegen die Sozialdemokratie richtet und als Führer der Sozialdemokratie jüdische Genossen aufzuzählen weiß. Diese alte Waise aus den letzten Zeiten ist selbst für die Nazis schon zu abgepielt, Zentrum aber ist es vorbehalten, aus Mangel an anderen Argumenten, in dieser Form Wahlkampf zu führen.

Langweilig wie die ganze Partei sind auch die Flugblätter konservativen Volkspartei, der Partei, die — es so schön in einem ihrer Blättchen heißt — „das Vaterland braucht, um leben zu können“. Doppeldeutig und wendig, die Spitzenkandidat Treviranus, sind auch ihre Flugblätter. Die wollen Zusammenschluß und spalten sich von der Deutschen Volkspartei ab. „Wir brauchen den Zusammenschluß und heißt es gleich darauf — „müssen den Damm auf gegen die Flut des Sozialismus“. Und so schließt das Flugblatt mit dem Kampfruf „Für Einigkeit, gegen Sozialismus“. Schö! Treviranus. Ich habe es wohl gesagt, aber — — —

Da laß ich mir die Wirtschaftspartei. Die zeigt zunächst mal Bismarck — nicht in Kürassierkieseln, sondern mit dem Halstüchel — macht „Schluß mit der bisherigen“ und verspricht als erstes (die Wirtschaftspartei!) „Schritt zur Erziehung der Jugend in Schule und Haus“, „Sparsamkeit und Land“. (Ob dies an die Befürworter oder an die Arbeitslosen gerichtet ist, geht nicht hervor.) Sie will ebenso „nationalistische“ wie die Aufrechterhaltung der Privatwirtschaft und „daß die Wälder wieder klappern und der Sägen wieder rauscht“. Das letztere wir auch.

Die Christlich-Soziale Reichspartei braucht die ganze Zeitung als Flugblatt, um den Wählern beizubringen, daß wir zur „Herans aus dem Sumpf“ wenn wir die rote Fahne der Freiheit mit dem Kreuz des Opfers und des Kampfes“ (!!) hochhalten. Wir kommen wir „durch Kampf und Opfer und Einigkeit des

Kampffreude in der Partei

Der Parteivorstand hat das Wort

Riesen-Aufmarsch der Breslauer Arbeiterschaft — Auch der Schiefwerder-Garten überfüllt Otto Wels gegen die Hindenburg-Politik — Wem verbannt die Hälfte der Wähler das Wahlrecht?

Zu einem wichtigen Aufmarsch der Breslauer Sozialdemokratie gestaltete sich die für gestern abend in den „Schiefwerder“ einberufene Wahlkundgebung, in der der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Genosse Otto Wels-Berlin an die Wähler appellierte.

Lange vor Beginn der Versammlung setzte bereits ein Massenstrom derer ein, die den Führer der Massenpartei hören wollten. Das gleiche Bild bot der geschlossene Aufmarsch der Parteiateilnehmer, die den Aufmarsch zugleich zur Aufzählung der Wähler benutzten. Schon nach dem Einmarsch von drei Abteilungen war der Schiefwerderaal besetzt und immer noch strömten neue Massen herbei. Kopf an Kopf saßen und standen Tausende, als der Führer den Saal betrat. Da inzwischen die Polizei den Saal gesperrt hatte, füllte sich in kurzer Zeit auch der große Schiefwerdergarten. Die örtliche Parteileitung hatte, den Massenaufmarsch voraussehend, die Ortsgruppe Breslau des Arbeiter-Radio-Bundes um Unterstützung gebeten, der seine Lautsprecheranlage im Garten aufbaute, so daß auch die Massen, die in abendlicher Kühle im Garten ausharrten, den Führer ihrer Partei hören konnten.

Nachdem der Beifall verklungen war, mit dem der Genosse Otto Wels begrüßt wurde, erfolgte der Einmarsch der Frauen unter Vorantritt des Kantorenkorps der sozialistischen Arbeiterjugend. Die Fahngruppen mit den vielen Distriktsbannern und großen roten Sturmflaggen sowie den Wahltransparenten, fanden kaum noch Platz auf der großen inzwischen teilweise auch besetzten Bühne.

Nach kurzen begrüßenden Worten des Genossen Eckstein

Genosse Wels das Wort

42 Millionen Wähler haben diesmal über das Geschick Deutschlands zu entscheiden. Wenn Dankbarkeit eine politische Münze wäre, dann müßte der Sieg der Sozialdemokratie anheimfallen. Denn nur unsere Partei hat mit der Forderung nach dem freien und allgemeinen Wahlrecht mehr als 22 Millionen Frauen und den Jugendlichen unter 25 Jahren das Recht zu wählen gegeben. Dessen sollten sich heute die Wähler bewußt werden, wenn sie zu einer solch wichtigen Entscheidung wie diesmal aufgerufen werden.

Es geht um die Demokratie

Die Auslegung und Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung durch die Regierung Brüning zeigte bereits den Kurs an, der gegangen werden soll, wenn die Wahlen für die Linke nicht günstig ausgehen sollten. Hindenburg hat durch die politischen Vorgänge der letzten Monate bewiesen, daß er kein Politiker ist, indem er Reichspolitikern den Befehl gab, eine Regierung ohne, das heißt also gegen die Sozialdemokratie, zu bilden. Noch nie stand die Sozialdemokratie so isoliert im Wahlkampf wie diesmal, aber auch noch niemals hat unsere Partei solchen Kampfesmut und Siegesmut gezeigt wie vor diesen Wahlen.

Überall hört man heute, daß die Wirtschaft, das Vaterland in Gefahr ist. Wir sagen,

der Mensch ist in Gefahr!

Alle Parteien wollen wieder einmal Ketter sein. Der Kredit der Bürgerparteien, die 1918 ihre Fiktion wechselten, ist wieder einmal dahin, so versuchen sie es wieder mit anderen Namen, um die Wähler darüber hinwegzutäuschen, daß sie in Wirklichkeit die alten sind. Noch in keinem Wahlkampf wurde mit so viel Lüge und Gemeinheit gearbeitet, wie diesmal. Allen voran die Deutschnationalen, die froh genug sind, sich an die Soldaten

Proletariats zur Freiheit des Volkes und der Menschheit“. Und dazu muß man ausgerechnet die Pinkscher-Partei der Liste 11 wählen. Ueberhaupt: Ohne die „Freiheit des Volkes“ macht es nun bald keine Partei mehr. Deutschland müßte diesen Versprechungen zufolge bald nach der Wahl das freieste Volk der Welt werden.

Verlogen und gemein wie ihre ganze Agitation sind die erst in den letzten Tagen herausgedruckten Flugblätter der Nationalsozialisten. „Zuhälter“, „Räuber“, „Einbrecher“ sind noch die zartesten Ausdrücke, mit denen die Gegner bedacht werden. Wenn man auf einem ihrer kleinen Schmutzblätter die Frage liest: „Wer war niemals bei einer Schießung dabei?“ und darauf natürlich Hitlerpartei als Antwort reimt, so klingt dies fast wie Reid, daß man auch von solchen Dingen bisher ausgeschlossen blieb. Natürlich macht auf ihren Blättern nur die Liste 9 „Vaterland und Arbeit frei.“ Aehnlich wie es das italienische Volk bereits erfahren hat.

Nur die Kommunisten können es an Verlogenheit mit ihnen aufnehmen. Ihre Flugblätter richten sich fast ausschließlich gegen die „sozialfaschistische Sozialdemokratie“ und illustrieren damit recht drastisch die auf einem anderen Flugblatt — hohene Kardinalforderung der „Einigkeit der Arbeiterklasse“. Typisch und für ihre vergangene Politik sind diese Flugblätter, die rein negativ gehalten sind und keine positive Forderung enthalten.

Nachdem man sich so durch die Verlogenheiten und Gemeinheiten durchgeärgert hat, kann man sich zum Schluß ein wenig an einigen Blättchen erheitern. Da hält man nun ein auf der einen Seite polnisch, auf der anderen Seite deutsch gedrucktes Flugblatt der Polko-Katolicka Partja Ludowa (der polnischen katholischen Volkspartei) in den Händen. Ausgerechnet sie will Schließen aus seiner großen Wirtschaftskrise befreien, und wenn wir ihren höchwürdigen Vortrager Kozielec und Archa Sozet, die „unseren Leiden am besten kennen“, wählen, dann — — herrliche Zeiten über Schließen. „Gott mit den deutschen Agitatoren, die unser Volk irreführen“. Es gibt — so paradox wie es ist — auch Wahl-Flugblätter, die zur

des letzten Krieges zu wenden. Wenn der Kronprinz in blöder Weise heute nicht mehr zu sagen weiß, als daß die Arbeitslosigkeit auf hohen Rentenbezug zurückzuführen ist, so sei nur einmal an die Begehrlichkeit der Hohenzollern beim Kampf um die Fürstenabfindung erinnert.

Solange noch so hohe Renten an ehemalige Fürsten und hohe Offizierspensionen gezahlt werden, braucht es der Arbeitslose nicht als Schande anzusehen, Arbeitslosenunterstützung zu beziehen.

Treviranus, der Redeminister der Brüning-Regierung, durfte solange reden, bis alle Gesandten und Botschafter anfragten, was eigentlich los ist. Erst dann wurde er zurückgepfiffen. Und dieser Mann steht der Partei nahe, die heute wieder mit dem Namen Stresemann ihre Wahlpropaganda betreibt. Kommunisten und Nationalsozialisten, Sowjetisten und Faschisten sind ähnlich wie feinerzeit, als Kodel mit Schlägerer sympathisierte, eng beieinander zu finden. Behaupten sie doch gegenseitig, sich das Parteiprogramm gestohlen zu haben und der kommunistische Landtagsabgeordnete Sindermann mußte zugeben, daß

die SPD. heute im Bunde mit den Faschisten

keine und enge Beziehungen zur Reichswehr hat. Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Man kann es nur nicht verstehen, daß sich heute hier und da noch Kommunisten und Halentreuzler gegenseitig verprügeln. Jedenfalls sind die Nationalsozialisten nur eine vorübergehende Erscheinung, eine Bewegung, die den Todeskeim bereits in sich birgt, da sie von keinerlei Idee getragen wird und nur die Rache in die Politik gebracht hat. Das Bürgertum, das heute diese Bewegung mit hochpöppelt, wird noch mit diesen Brüdern ihr wahres Wunder erleben. Geinerzeit entzündete man sich über Zustände in Mexiko. Sieht es heute in Deutschland anders aus, wenn nur

in einer Woche 5 Tote, 42 Schwerverletzte und über 70 Leichtverletzte

als Wahlopfer zu verzeichnen sind, die lediglich auf den Wahlkampf, den die Radikalen führen, zurückzuführen sind.

Wenn Treviranus erklärt, solange wählen zu lassen, bis er einen gefügigen Reichstag zusammenbekommt, so antworten wir ihm, daß wir die Sozialdemokratie so stark machen wollen, daß man unsere Partei bei Regierungsabfindungen nicht mehr übergehen kann. Wer man glaubt, die Kreuzenregierung nach dieser Reichstagswahl umformen zu können, so erklären wir bereits heute, daß wir dann in Preußen in einem besonderen Wahlgange die Wähler befragen werden.

Die SPD. heute im Bunde mit den Faschisten

Dieser Kampf ist für uns nur eine Etappe zur politischen Beherrschung der Republik

Die Partei, die sich von der Seite zur Massenpartei entwickelte, die sich von einem Bismarck nicht niederringen ließ, nur die Partei kann die Arbeitererschaft aus ihrer doppelten Unterdrückung, der politischen Knechtung und der ökonomischen Abhängigkeit befreien.

Wir führen den Wahlkampf unter den alten liegenden Wägen der Sozialdemokratie für die Demokratie gegen die Willkür, für die Hungerigen gegen die Satten.

Nachdem unter stürmischem Beifall Genosse Wels geschlossen, richtete auch Genosse Eckstein aufzufende Worte zur Wahlarbeit an die Versammlung. Mit dem Gesang der Internationale fand diese mächtige Versammlung ihr Ende.

Nichtwahl aufrufen. Wo anderthalb Duzend Parteien um Stimmen werben, kann es sich die „Freie Arbeiter-Union Deutschlands“ (Sei lemt noch in einer kleinen Kneipe in der Breslauer City) nicht verkneifen, der Arbeiterschaft zuzurufen: „Prolet, erkenne deine Klassenpflicht — und wähle nicht!“ Finde dich lieber in besagter Kneipe ein und höre, was „herrschtselische kommunistische Bedarfswirtschaft“ bedeutet.

Nähe am Verzweifeln, was man so eigentlich tun soll, kommt einem wie ein Ketter ein Flugblatt: des „Generals“ in die Hände, das ebenfalls „Rettung“ verspricht. Rettung aus diesem Parteienwarr wird es nur durch „Bildung eines eigenen Urteils“. Und dazu — das ist nun doch der herrlichste Witz in diesem so rohen und scharfen Wahlkampf — soll man den „Generale“ lesen. Wahrlich, es blieb uns nichts erspart bei dieser Flugblatt-Blütenlese.

Seelöwe in der Ober

Saune auf der Nacht

Unsere Seelöwin „Hanne“ aus dem Zoo, die bisher immer nur ihr Schwimmbassin verlieh, wenn es zwecks Reinigung geschonert wurde, hat in der Nacht vom Montag zum Dienstag ganz überraschend ihre Behausung verlassen. Sie ritt in der Nacht zwei Ratten des Außenzaunes am Oberdamm los und entkam in die Ober. Früh vor 8 Uhr wurde sie in Reuhaus gefischt, kurze Zeit später in der Nähe des Zoologischen Gartens und noch nicht 10 Minuten darauf an der Holteihöhe weit stromabwärts. Nach diesem Reford schwamm „Hanne“ in die Obte und blieb zunächst ganz ruhig in der Gegend des sogenannten Ratzgerwehres beim Krankenhaus Verhanten sitzen. Die dortigen mit einem Motorboot, das die Städtischen Wasserwerke freudlicherweise zur Verfügung stellten, entlandie Fangerpedition blieb erfolglos, da das Tier immer, wenn es an Land kommen wollte, durch Hüfen und Schreien des Publikums wieder verjagt wurde. Leider wurde das Tier an dieser zum Einfangen sehr geeigneten Stelle durch steinwerfende Kinder wieder in die offene Ober gejagt. Wir rühten daher an das Publikum die bringende Bitte, die Seelöwin, wenn sie sich irgendwo rügt und aus Land kommt, nicht zu hören, sondern in Ruhe zu lassen, da sonst ein Einfangen des Tieres ganz unmöglich gemacht wird.

Wahlwähler heraus!

20 Pfennige
Arbeitslose Mitglieder
Ausweis frei!

**Demonstriert gegen Arbeitsdienstpflicht
gegen Faschismus und Kriegsgefahr
für den Sieg der Sozialdemokratie!**

S. P. D. Breslau

Max Westphal
Berlin
heute 20 Uhr im Gewerkschaftsclub

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen

Die Versammlungen werden immer kleiner...

bei der Deutschen Staatspartei

Die neue Parteiführung, die sich unter der Firma Deutsche Staatspartei aufgemacht hat, scheint allmählich wieder auf dem Aussterbe-Stat zu sein...

Die größte der Parteien

Die „Wirtschaftspartei“ hatte für gestern Abend eine Versammlung in den Saal von Hoffmann in Oswitz einberufen...

Das nennt sich „Arbeiterzeitung“

Wir haben uns die Zeit genommen, einmal alle Angriffe zu zählen, die das Breslauer Kommunistenblatt in einer Nummer gegen die Sozialdemokratie richtet...

Zweijähriges Kind verbrüht

Vorgekern ist im Allerheiligen-Hospital der 1 1/2 Jahre alte Knabe Georg K. an den Folgen schwerer Brandwunden gestorben...

Selbstmord eines Arztes

In seiner Wohnung im Hause Mühlenstraße 10, hat am Montag vormittag der 51 Jahre alte praktische Arzt Dr. med. Kache auf entsetzliche Art freiwillig sein Leben beendet...

Auto auf den Bürgersteig geschleudert

In der Gasse Heinrichstraße und Neißgasse stießen am Montag mittag ein Lieferauto und ein Person-Kraftwagen so heftig miteinander zusammen, daß der letztere auf den Bürgersteig geschleudert wurde...

Mißglückte Anrede

Das Auto war „geschossen“ worden, weil der Fahrer ein Mädchen überfahren hatte

In der Kreuzung Hörsen-, Sittichstraße wurde am Montag Abend die 23jährige Israelite Karzshall aus der Hauptstraße 165 von einem Personkraftwagen überfahren...

Der kleine Saal des Gewerkschaftshauses ist am Samstag, den 18. Oktober, fast gemacht und für eine Festlichkeit zu setzen.

„Kommunistische Waffentätigkeit“. Bei dem unter dieser Überschrift gemachten kommunistischen Heberfall auf mehrere Jungpolizisten ist in letzter Zeit ein Verbrechen unterlaufen...

„Kommunistische Waffentätigkeit“. Bei dem unter dieser Überschrift gemachten kommunistischen Heberfall auf mehrere Jungpolizisten ist in letzter Zeit ein Verbrechen unterlaufen...

„Kommunistische Waffentätigkeit“. Bei dem unter dieser Überschrift gemachten kommunistischen Heberfall auf mehrere Jungpolizisten ist in letzter Zeit ein Verbrechen unterlaufen...

„Kommunistische Waffentätigkeit“. Bei dem unter dieser Überschrift gemachten kommunistischen Heberfall auf mehrere Jungpolizisten ist in letzter Zeit ein Verbrechen unterlaufen...

„Kommunistische Waffentätigkeit“. Bei dem unter dieser Überschrift gemachten kommunistischen Heberfall auf mehrere Jungpolizisten ist in letzter Zeit ein Verbrechen unterlaufen...

„Kommunistische Waffentätigkeit“. Bei dem unter dieser Überschrift gemachten kommunistischen Heberfall auf mehrere Jungpolizisten ist in letzter Zeit ein Verbrechen unterlaufen...

Wahlveranstaltungen der Partei:

- am Donnerstag, dem 11. September, 20 Uhr In öffentlichen Wählerversammlungen sprechen der Stadtverordnete Karl Bietich, Mitglied des Provinziallandtages, bei Langwitz in Neutisch, Reichstagskandidat Fritz Bietich bei Rasos in Herraproitz, Reichstagskandidat Stadtrat Hans Siegler bei Krage in Deutsch-Billa, Stadtverordnete Dr. Ernst Eckstein bei Anders in Groß-Tschanitz, Stadtverordnete Georg Stope, Mitglied des Provinziallandtages, bei Witzke in Zimpel.

Die radfahrenden Genossen der Abteilungen Oberlor und Sandlor

Partei am Donnerstag, dem 11. September, 19 Uhr, gemeinsam mit den Genossen des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bundes zu einer Propagandafahrt für die Liste 1.

Der Bürgerklub am Sudentenweg

Vorlesung der amüsanten Wahl-Romane im „Jägerhof“, Gräbigerer Straße, am Donnerstag, den 11. September, 20 Uhr.

Sandtagsabgeordneter Wilhelm Winger

tritt 25 Pfennig, Vorzugstarke haben Gültigkeit.

Alle radfahrenden Genossen der Abteilung Ohlauer Lor treffen sich heut und Freitag, den 12. 9. zur Wahl-Propaganda-Fahrt durch die Straßen der Abteilung!

Treffpunkt pünktlich 19 Uhr Mauritiusplatz

Alle Mitglieder der Distrikte 1, 2, 3, 4, 5, 35, 36, und 38 treten heut abend 7 1/2 Uhr am Rehdigerplatz zu einem

Werbefachtag durch die Gräbigerer und Gabiger Vorstadt an.

In einer öffentlichen Wählerversammlung spricht heute, 20 Uhr, bei Kramer in Hartlieb der Breslauer Parteivorstehende

Genosse Dr. Ernst Eckstein

Sandtagsabgeordneter Wilhelm Winger

spricht heute, 20 Uhr, im Lokal von Kirsch, Steinstr. 155, in einer öffentlichen Wählerversammlung.

Heut, 20 Uhr, im Gerichtskreishaus zu Schwoitsch spricht

Reichstagskandidat Fritz Bietich in öffentlicher Wählerversammlung.

In die Arbeiterkassette von Tichanitz!

Am Donnerstag, 11. September, demonstriert die Arbeiterkassette von Tichanitz für die Liste 1. Abmarsch 19 Uhr. Sammelpunkt (Garten der Straßenbahn, Linie 5 Kohlschlag).

Nach der Demonstration findet abends öffentliche Wählerversammlung bei Edwin Anders, Groß-Tschanitz, um 20 Uhr statt. Redner: Genosse Eckstein.

Plakette zum Frauenitag

hat umgehend in Parteisekretariat, Zimmer 172, abzugeben.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

6. Turnfest. Spielfeld am Donnerstag, pünktlich 18 Uhr. Derzeit heute im Kohlschlag nach Tichanitz anreisen.

7. Turnfest. Spielfeld am Freitag, 21 Uhr, bei Knie: Arbeiter-Sportverein. Generalversammlung. Eröffnung der Festtage.

Turn- und Sportverein „Einigkeit“ Breslau, 11. September, 20 Uhr. Bodenturnen.

Waffensport

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

6. Turnfest. Spielfeld am Donnerstag, pünktlich 18 Uhr. Derzeit heute im Kohlschlag nach Tichanitz anreisen.

7. Turnfest. Spielfeld am Freitag, 21 Uhr, bei Knie: Arbeiter-Sportverein. Generalversammlung. Eröffnung der Festtage.

Wählerzeitungen

sind versandt. Auf zur Werbearbeit für die Partei

Sozialdemokratische Partei

Partei-Zentralrat, Geschäftsstelle, Zimmer 161-170, Telefonnummern 30000-30001, Öffnung außer Sonntagen von 9-1 und 4-1 Uhr.

Plakette zum Frauenitag hat umgehend in Parteisekretariat, Zimmer 172, abzugeben.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

6. Turnfest. Spielfeld am Donnerstag, pünktlich 18 Uhr. Derzeit heute im Kohlschlag nach Tichanitz anreisen.

7. Turnfest. Spielfeld am Freitag, 21 Uhr, bei Knie: Arbeiter-Sportverein. Generalversammlung. Eröffnung der Festtage.

Turn- und Sportverein „Einigkeit“ Breslau, 11. September, 20 Uhr. Bodenturnen.

Waffensport

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

6. Turnfest. Spielfeld am Donnerstag, pünktlich 18 Uhr. Derzeit heute im Kohlschlag nach Tichanitz anreisen.

7. Turnfest. Spielfeld am Freitag, 21 Uhr, bei Knie: Arbeiter-Sportverein. Generalversammlung. Eröffnung der Festtage.

Turn- und Sportverein „Einigkeit“ Breslau, 11. September, 20 Uhr. Bodenturnen.

Waffensport

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

6. Turnfest. Spielfeld am Donnerstag, pünktlich 18 Uhr. Derzeit heute im Kohlschlag nach Tichanitz anreisen.

7. Turnfest. Spielfeld am Freitag, 21 Uhr, bei Knie: Arbeiter-Sportverein. Generalversammlung. Eröffnung der Festtage.

Turn- und Sportverein „Einigkeit“ Breslau, 11. September, 20 Uhr. Bodenturnen.

Waffensport

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

6. Turnfest. Spielfeld am Donnerstag, pünktlich 18 Uhr. Derzeit heute im Kohlschlag nach Tichanitz anreisen.

7. Turnfest. Spielfeld am Freitag, 21 Uhr, bei Knie: Arbeiter-Sportverein. Generalversammlung. Eröffnung der Festtage.

Turn- und Sportverein „Einigkeit“ Breslau, 11. September, 20 Uhr. Bodenturnen.

Waffensport

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

6. Turnfest. Spielfeld am Donnerstag, pünktlich 18 Uhr. Derzeit heute im Kohlschlag nach Tichanitz anreisen.

7. Turnfest. Spielfeld am Freitag, 21 Uhr, bei Knie: Arbeiter-Sportverein. Generalversammlung. Eröffnung der Festtage.

Turn- und Sportverein „Einigkeit“ Breslau, 11. September, 20 Uhr. Bodenturnen.

Waffensport

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

6. Turnfest. Spielfeld am Donnerstag, pünktlich 18 Uhr. Derzeit heute im Kohlschlag nach Tichanitz anreisen.

7. Turnfest. Spielfeld am Freitag, 21 Uhr, bei Knie: Arbeiter-Sportverein. Generalversammlung. Eröffnung der Festtage.

Turn- und Sportverein „Einigkeit“ Breslau, 11. September, 20 Uhr. Bodenturnen.

Waffensport

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

Protest der freien Angestellten gegen den Bürgerblut

Ortsgruppenleitung des Afa-Bundes der Mitgliedschaft ihrer angeschlossenen Verbände zu dem gemeinsamen Veranstaltung im großen Saale des Arbeiterhauses am 8. September 1930. Der Leiter der sozialistischen Abteilung des Afa-Bundes, Genosse Dr. Berlin, sprach über: „Wirtschaftskrise, Ge. Kotzerordnung“.

Im großen Saal folgte die Zuhörerschaft mit großer Aufmerksamkeit den außerordentlich interessanten Vorträgen des Referenten, der als einer der sachkundigsten und kompetentesten unserer freien Gewerkschaften gelten kann. Von dem Vortrag über die gegenwärtige Lage der Wirtschaft ging die Rede über die Interessen der Landwirtschaft im allgemeinen, die nur die Interessen der Landwirtschaft im besonderen für die verzeihliche Lage der schwer betroffenen Bauern und Angestellten besprochen hat. Er erläuterte die wachsende Proletarisierung der Landwirtschaft, die heute an der Zahl der arbeitslosen Erwerbslosen den größten Anteil hat und damit durch die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung und Krankenversicherung besonders empfindlich getroffen ist. Er erinnerte daran, daß die Arbeitslosenversicherung auf Schätzungen aufgebaut war, die mit einem Jahresdurchschnitt von etwa 800 000 Arbeitslosen und mit Inkrafttreten im Jahre 1929 mit 1,2 Millionen Erwerbslosen rechnet. Die Reformvorschlüsse der Regierung Brüning gehen von einem Jahresdurchschnitt von 1,6 Millionen Erwerbslosen aus. Wir müssen wir mit einem Jahresdurchschnitt von über 2 Millionen Erwerbslosen rechnen, so daß nur etwa 54 Prozent der Arbeitslosenversicherung versichert sind. Der Sturz der Arbeitslosenversicherung richtet sich vor allem gegen die Arbeiter, die durch die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung gezwungen sind. Darum ist die Arbeitslosenversicherung als finanziell untragbar zu Fall zu bringen. Unsere Aufgabe ist international bedingt. Sie ist teilweise die Folge des Krieges und der gegenwärtigen Kampf der Klassen im Parlament geht letzten Endes um die Verteilung der Reparationszahlungen auf die verschiedenen Völkern. Das Unternehmertum will den Lebensstandard der Arbeiterklasse mehr und mehr verringern, um aus dem Kapitalismus Profitinteresse die eigenen finanziellen Interessen möglichst gering zu halten. Die Kartell- und Trustpolitik in Deutschland hat zu einer ganz ungesunden Überproduktion geführt, die weit über den Weltmarktpreis hinausgeht. Die Preise von 1912 gesunken sind. Die teilweise unter die Preise von 1912 gesunken sind. Im Juli 1929 bis Juli 1930 eine Preissteigerung der Rohstoffe um etwa 33 Prozent eingetreten, während die Preise nur eine Senkung von etwa 5 Prozent zu verzeichnen. Diese ungesunde Preisbildung hat zu den Inflationen geführt, die sogar das Reichsministerium für Wirtschaft, dem Neigung zu gewinnwirtschaftlichen Gedanken nicht verweigern ist, bringen Preissteigerungen und eine ungesunde Preisbildung und Wirtschaftsführung an die Spitze der Weltwirtschaft empfohlen hat. Die heutige Krise ist auf den Mangel an Kapital als auf eine Ursache der Kapitalkrise zurückzuführen, die mittlere und untere Klassen zum Erliegen bringt und durch monopolistische Tendenzen der Auslandsabgabe droht. Die Regierung Brüning, die sozialpolitischen Gebiete mit frivoler Leichtfertigkeit behandeln lassen hat, kann sich zu der viel dringenderen Aufgabe der Sozialpolitik über Preissteigerungen, die eine Senkung des Lebensstandards zur Folge haben würde, nicht wenden, weil sie in wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit von der Großindustrie und Hochfinanz steht. Die Reichsregierung hat zum Schein des Gerechten Anfragen an den Reichspräsidenten gerichtet, die dieser zum Unbehagen der Herren Stegerwald, Dietrich und Schiele dahin beantwortet hat, daß unsere gegenwärtige Krise als Ursache der Stagnation der Wirtschaft anzuerkennen sind. Trotzdem sind Laten nicht zu lassen, sondern es schweben die „bekannteren Erwägungen“, weil bis nach den Wahlen unbegrenzte Möglichkeiten politischer und wirtschaftlicher Interessenspolitik offenhalten will. Es hat dagegen ein rückwärtsgerichtetes Ansehen auf die Arbeiterklasse eingewirkt und unsere „Wirtschaftler“, die für sich selbst eine bessere Sachlage in Anspruch nehmen, gehen mit dem Wort freies, daß das deutsche Volk zu viel verbraucht. Der Vortragende ging auf die Wirkungen des Deinhauens, auf die Stellungnahme des sogenannten Gewerkschaftsreferenten und die Kämpfe der Angestelltenchaft der Metallindustrie näher ein. Weiter erinnerte er an die Kämpfe gegen das Schlichtungswesen, die in der gegenwärtigen Zeit wirtschaftlichen Niederganges die schlimmsten politischen und politischen Kämpfe auslösen müssen. Ausdrücklich wurde die Stellungnahme des sogenannten „Wirtschaftlers“ Dietrich, für den der Weisheit letzter Schluss die Senkung der Ausgaben durch die Kürzung des Sozialetat und der Anstalt den Arbeitsmarkt durch Anhebung des Lohnes zu beleben, es mit seinen Ministerkollegen von der bürgerlichen Führung für wirtschaftlich und finanziell die den Wohnungsneubau zu drohen. Die Regierung hat keine Suche in einer Zeit fortgesetzt wachsender Arbeitslosigkeit, daß sie sich rüchlos gegen weitere Ansprüche der Arbeiter für Arbeitslosenversicherung sichern müsse, obwohl sie für jeden Einseitigen klar ist, daß die Mittel der Arbeitslosenversicherung durch die Beiträge nicht annähernd ausreichen können, um die über 3 Millionen Arbeitslosen zu versorgen. Die Arbeiter- und Angestelltenchaft muß sich darum klar sein, daß diese und jede neue Bürgerbündelungsversuche durch die Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung nur eine unvollständige unzulängliche Entlastung werden können. Genosse Sahr wies darauf hin, daß die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung oder weiteres werden könnten, wenn durchaus mögliche Sparmaßnahmen etabliert gemacht werden würden, aber heute um eine Milliarde Mark größer ist, als der englische Referent. Die Arbeiter- und Angestelltenchaft in der Deutschen Reichsregierung und Angestelltenchaft in der Deutschen Reichsregierung der Arbeiter- und Angestelltenchaft in der Deutschen Reichsregierung.

Die Bäckermeister werden wild

Sie wollen die Tarife künden
Der Bäckermeister-Innungsverband will gegen die bestehenden Tarifverträge Krieg führen. Er hat sich daher auch einen jungen forschenden Unternehmerrhythmus engagiert. Nach den Reichstagswahlen soll losgehen.
Einige Innungen waren etwas voreilig. Sie haben bereits die bestehenden Tarifverträge gekündigt. Sie wollen zehn-Stunden-tag, Verschlechterung der Ueberstundenzuschläge und der Ferienbestimmungen sowie Befestigung der Lohnvergütung in Krankheitsfällen. Die Unternehmer glauben, daß jetzt infolge der wirtschaftlichen Verelendung ein Boykott gegen die Innungs-bäckerreien wirkungslos bleibe. Ebenso rechnen sie damit, daß sie aus dem Arbeitslosenheer — es sind mehr als 35 000 arbeitslose Bäcker- und Konditorgehilfen ermittelt — bei ausbrechenden Streiks genügend Ersatzkräfte erhalten. Ihr Ziel ist, den unbeliebten Tarifkontrahenten, das heißt die freie Gewerkschaft, auszuschalten, und mit den Geldern einen Tarif abzuschließen.

Das Blänken ist fein ausgetiffelt. Vielleicht täuschen sich aber die Herren Bäckermeister doch. Vielleicht steht in einem Konflikt die Bevölkerung auf Seiten der Gehilfenschaft. Vielleicht ist auch die gewerkschaftliche Organisation der Bäckerarbeiter heute trotz der schwierigen Verhältnisse eine ganz andere Macht als in früheren Jahren, wo sie unter unglücklichen Opfern Tarifverträge erkämpfte. Aber wenn die Bäckermeister auf alle Fälle ein Täuschen riskieren wollen — bitte!

Lohnstreit im Berliner Fuhrgewerbe

Das Berliner Fuhrgewerbe ist von einem ernsthaften Konflikt bedroht. Der Verband Berliner Spediteure hat den Lohnstreit der Arbeiter zum 30. September gekündigt. Ebenso ist der Lohnstreit des Berliner Schwefel- und Fuhrgewerbes — dieser von beiden Parteien — gekündigt worden. In beiden Fällen wollen die Unternehmer Lohnabbau, in beiden Fällen stehen sie aber sehr gut organisierten Arbeitergruppen gegenüber. Der Gesamtverband, der diese Gruppen betreut, hat bereits deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er jeden Lohnabbauveruch aufs Schärfste bekämpfen wird.

Unternehmerangriffe auf die Löhne

Freiburger Uhrenfabrik Junghaus kündigt 10 Prozent Lohnabbau an

K nachdem in den verschiedenen Industriezweigen die Scharfmacher im Unternehmerlager mit mehr oder weniger Erfolg versucht haben, die Löhne der Arbeiterschaft herunterzubringen, wollen natürlich auch die kleinen Scharfmacher in der Provinz ihre Schärfe noch schnell ins Trockene bringen, solange eine Brüning-Regierung durch immer stärkere Verelendung der Arbeitermassen die Möglichkeit zu brutaler Ausbeutung gibt. Als erste Firma meldet sich da das Freiburger Werk Gustav Beder des Junghaus Uhrenkonzerns in Freiburg im Kreise Schmeidnig. Obwohl dort die Löhne alles andere als ausreißend sind, und das Einkommen der Arbeiter infolge Kurzarbeit kaum ausreicht für die Ernährung, will die Firma jetzt einen zehnprozentigen Lohnabbau auf gewalttätigem Wege durchsetzen. Welchen Weg man einschlagen wird, ob den der Kündigung oder einen anderen, hat die Firma noch nicht herausgegeben, sie hat sich lediglich mit der lakonischen aber umso grausamer wirkenden Mitteilung begnügt, daß sie eine Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent plane. Nach dem vor einiger Zeit die Angestellten einen Gehaltsabzug kampflos hingenommen haben, scheint die Firma auf den Geschmack gekommen zu sein. Bei dem extra eingesetzten Spardirektor kommt also der Appetit beim Essen, nur bei sich selbst hat er noch keine Sparmethoden angewandt. Die Arbeiterschaft hat bereits erklärt, daß sie diese neue Verschlechterung ihrer kümmerlichen Existenz nicht ruhig hinnehmen wird. Noch brutaler jetzt die Firma Schmeidniger Holzindustrie (normals Bolte & Sohn) ihren Arbeitern die Pistole auf die Brust. Sie hält die Methode der Unternehmer-Scharfmacher für die beste. Abbau der Löhne, auch als das Mittel, um ihren Schaden zu betriebe wieder auf die Beine zu helfen. Sie hat der Arbeiterschaft gekündigt, mit der Begründung, daß die schlechte wirtschaftliche Lage und die große Konkurrenz im Holzgewerbe zu der Maßnahme zwingen. Auf was es der Firma aber ankommt, geht aus dem Angebot hervor, das sie den gekündigten Arbeitern sofort macht. Der Belegschaft wurde nämlich ein neues Arbeitsverhältnis angeboten, mit Wirkung vom 8. September ab, wenn die Arbeiter damit einverstanden sind, daß ihnen nur die Lohnsätze des 1. Oktober 1929 gezahlt werden. Rückwärts wird erklärt, daß, wer am 8. September unter den Bedingungen die Arbeit nicht wieder aufnimmt, sich die Papiere holen kann. Die Maßnahme wirkt für die Arbeiter umso schwerer, da schon seit Jahr und Tag bei der Firma verkürrt gearbeitet wird und die Belegschaft schon gar nicht mehr weiß, wie einem Proletarier zuzumute ist, wenn er einen vollen Wochenlohn in der Tasche hat. Außerdem hat die Firma noch nie die festgesetzten Tariflöhne in der Holzindustrie bezahlt, sondern durch Gewaltanwendung die Arbeiter stets mit weniger Lohn abgefunden. Die Firma hatte dabei immer und auch jetzt wieder leichtes Spiel, weil die Arbeiter zum größten Teil unorganisiert sind.

Man will nun einmal nicht hinter den „Großen“ zurückstehen wenn es gilt, den Reaktionär hervorzulehren, treibt Schindluder mit dem sonst so sehr gewünschten Wirtschaftsfrieden und läßt seiner Mißgunst gegen die Arbeiterschaft freien Lauf. Diese Mißgunst kommt dadurch zum Ausdruck, daß man die Lohnherabsetzung auch mit den angeblichen Verdiensten begründet, die an hundert und mehr Mark liegen sollen. Nun mag es ja sein, daß einzelne von der Saisonkrankheit befallene Hutmacher manchmal nur an sich denken, aber diese Einzelnen nun als Typ von Verdienern hinzustellen, ist ein starkes Stück und zeigt, wie mangelhaft der Wunsch der Damenhutfabrikanten auf Lohnherabsetzung begründet ist.
Nicht Lohnherabsetzung, sondern Lohnaufbau ist die Devise der Damenhutarbeiterchaft. Die geringen Stundenlöhne im Vergleich mit anderen Gruppen zeigen, wie ausbesserungsbedürftig die Damenhutlöhne sind. Es verdienten zu gleichem Zeitraum am Hauptort Dresden:

Damenhutarbeiter	107 Pf. in der Stunde
Steinfezer	158
Maurer	137
Bauhilfsarbeiter	113
Maler	134
Lebervarenindustrie	110
Buchbinder	112
Schneider	108

Wohl kommen für dauernde Stundenlöhner in der Damenhutindustrie prozentuale Zuschläge in Frage, für die Akkordarbeiter bis zu 30 Prozent, aber immer kommt der Hutarbeiter damit noch nicht auf einen Lohn wie andere konjunkturell ähnlich gelagerte Gruppen. Dabei handelt es sich bei anderen Gruppen um solche, die ihrer Arbeiterschaft in zeitlich längerem Maße als die Damenhutindustrie eine Existenzsicherung geben. Darum kein Lohnabbau, sondern Lohnaufbau in der Damenhutindustrie! Die Hutarbeiter müssen und werden alle Kräfte mobilisieren, um diese Aufgabe zu vollbringen. Die Entwicklung der Konjunktur wird ihnen dabei behilflich sein: wenn die Fabrikanten noch lange durch ihre Lohnabbauwünsche den Abschluß eines Tarifvertrages verzögern. Die Fabrikanten wollen dies tun, um hinter die Wahlen am 14. September zu kommen, weil sie, wie in den Verhandlungen angedeutet wurde, glauben, daß durch eine für das Bürgerium gut aussehende Maß, auch die Damenhutfabrikanten mit ihren Lohnabbauwünschen eher zum Ziele kommen.

Diese Tatsache muß alle Hutarbeiter lehren: Sorgen wir, daß am 14. September die Stellung der Arbeiterschaft im Reichstag dadurch verfestigt wird, daß die Hutarbeiter am 14. September insgesamt Sozialdemokraten wählen, dann werden auch den Damenhutfabrikanten ihre Lohnabbauwünsche eher ausgehtrieben werden können.

Lohnabbauabsichten der Damenhutfabrikanten

Der Kapitalismus Europas, ja der ganzen Welt, befindet sich seit geraumer Zeit in einem Zustand, den die einen mit „in der Sachlage befindlichen“ bezeichnen, die anderen mit dem allhergebrachten Wort Wirtschaftskrise, ja Weltwirtschaftskrise belegen. Dies ist nach dem Standart, von dem aus man die Wirtschaft betrachtet. Daß die Kapitalisten aus dem auch für sie zum größten Teil nicht angenehmen Lage heraus wollen, ist verständlich, denn auch ein ganz Teil von ihnen wird ihr mindestens mit ihrer Selbständigkeit zum Opfer fallen. Die Großkapitalisten, die, besungen von ihrem politischen und wirtschaftlichen Maßstab, nicht nur das Rad der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung zurücktreiben möchten, wünschen den üblen Zustand der Wirtschaft auch zu einem Angriff auf den Lebensstandard der Arbeitenden zu benutzen. Und was den „Großen“ recht und billig erscheint, das läßt so kleinen Leuten wie den Damenhutfabrikanten auch keine Ruhe.

Bei den im Juli und August stattgefundenen Tarifverhandlungen stellen sie neben anderen Forderungen Forderungen für die Arbeitsbedingungen auch den Antrag, die bisherigen Akkordlöhne im etwas Ausmaß von 6 Prozent und die Zeitlöhne in einem noch höheren Betrag herabzusetzen. Und ähnlich wie die Großkapitalisten begründen sie den gewünschten Lohnabbau damit, daß eine Preissteigerung notwendig sei, diese aber nur möglich ist, wenn auch die Löhne gesenkt würden. Dabei weiß jedes mit der Industrie vertraute Kind, daß der Lohnanteil in der Damenhutindustrie so gering ist, daß er in Hunderten von Fällen 10 Prozentual kaum ausdrücken läßt; wahrscheinlich würde ein Lohnabbau von 6 Prozent am Hut 1/3—1/2 Pf. ausmachen, ein Betrag, der bei den Hutpreisen so lächerlich ist, daß selbst Fabrikanten, bei denen noch nicht alle Vernunft beim Teufel ist, sagen, es rentiere sich gar nicht, über diese Dinge zu sprechen und damit Unruhe in die Hutarbeiterchaft zu tragen.

Morgen Abend

Bollversammlung
der freigewerkschaftlichen, krankenversicherten Arbeitnehmer im großen Saale des Gewerkschaftshauses am 19½ Uhr
Vortrag von Genossen Sellmut Lehmann-Berlin über: „Kampfabend an der Sozialversicherung“

25 Jahre

Land Genosse Ernst Klar-Breslau, am 1. September, als Sekretär im Dienste des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands. Wir wünschen dem wackeren Genossen noch lange und erfolgreiche Jahre seiner Tätigkeit zum Wohle der Organisation.

Scharfe Kritik an der neuen Krankenscheingebühr

die in der Öffentlichkeit im Anschluß an verschiedene Fälle geübt wurde, wo durch Verzögerung der Krankenscheinausstellung Leben und Gesundheit bedroht wurden, ist dem Reichsarbeitsministerium auf die Herzen gegangen. Es bezieht sich daher, jetzt mitteilen, die Aufsichtsbehörden der Krankenkassen seien längst darauf hingewiesen worden, daß die neue Gebühr keine Voraussetzung für die Gewährung von Krankenhilfe bilde, sondern nur ein Sonderbeitrag des Versicherten sei, der vor allem in dringenden Fällen auch nachträglich entrichtet werden könne. Nachträgliche Entrichtung in dringenden Fällen? Was das für Scherereien in der Praxis bedeutet, weiß jeder Krankenkassenversicherte. Daß mancher arme Teufel jedenfalls so und so oft zögert, zum Arzt zu gehen, weil er die 50 Pf. nicht riskieren kann, die 50 Pf., die er im Augenblick braucht, ist ebenfalls leicht zu erraten, und daß die Zuschauer der Krankenkassen die 50 Pf. sehr gerne riskieren, liegt auf der Hand. Wir bleiben deshalb dabei, die Krankenscheingebühr des Reichsarbeitsministeriums ist ein böses Ding.

Einigung in Armoniers

Arbeitsaufnahme am Montag
In Armoniers ist es am Dienstag zu einer Einigung zwischen Arbeitgebern und den Streikenden auf Grund eines Vermittlungsvorschlages des Präzidenten des Nordens gekommen. Die Arbeit wird dort am Montag wieder aufgenommen. Dagegen war die Meldung von einer Beilegung des Streiks im Gebiet von Koubitz verfrüht. Zwar haben die Streikenden den Vermittlungsvorschlag des Arbeitsministers angenommen, die Arbeitgeber jedoch haben ihre Entscheidung auf Donnerstag verschoben, um einen offenen Bruch im eigenen Lager zu vermeiden. Da die Anhänger dieses Lagers nach wie vor auf der Forderung jedes Komptomies beharren, der Arbeiterseite keine Ruhe und mit ihm die Mehrzahl der Fabrikanten des Streiks jedoch um jeden Preis beendigt sehen wollen, konnte man zu keiner Einigung gelangen.

Dr. Sahr wies in seinem Schlusswort zusammenfassend auf die Zusammenhänge unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Kämpfe hin und schloß mit einem Wort, am 14. September 1930 reißt ein Sturz der Sozialdemokratie des Afa-Bundes sozialistische und demokratische Organisation zusammen.

Die „Einigkeit“ der Bombenverbreiter

Im Altonaer Bombenlegerprozeß wurde als Zeuge Rechtsanwalt Dr. Strauß aus Lüneburg, der Nebenkläger ist, vernommen. Er berichtete von den Schäden, die die an seinem Haus zur Explosion gebrachte Bombe angerichtet hat. Der Zeuge will bei dem Attentat sofort an Gold gedacht haben. Als Motiv des verübten Anschlags bezeichnete er die Wut der Wöllfischen darüber, daß er Republikaner, früherer Reichsbannermann und Jude sei. Hinsichtlich der gestellten Entschädigungsansprüche habe Strauß gemerkt, daß die Angeklagten, die sonst immer so tun, als ob sie zusammen durch die dünne Luft gehen würden, durchaus nicht mehr so geschlossen aufträten, wenn es um Zahlen gehe. Auf das ihm gemachte Angebot, auf die Teilnahme am Prozeß als Nebenkläger zu verzichten und dafür eine reichlichere Entschädigung in Empfang zu nehmen, habe er selbstverständlich verzichtet. — In den Befragungen des als Zeugen vernommenen Bauernbundesgeschäftsführers Geilert ist besonders interessant, daß in öffentlichen Versammlungen der Angeklagte Seder erklärt habe, angeichts der Not der Landwirtschaft bestünde durchaus ein Notwehrrecht zu töten. In diesem Zusammenhang sollen auch die Namen Grzesinski und Braun genannt worden sein.

Stinkbomben und Juden-Alt-Karten

Einen Beitrag zu der Erkenntnis, aus welcher Geisteswelt der neue „Fürst“ der Heimwehren hervorkommt, liefert der Sportverlag Paul Arendt zu Sulzbach in Bayern, Deutschlands größtes nationalsozialistisches Sporthaus. Was in diesem Sporthaus alles geboten wird, zeigt die Preisliste, die die gesinnungstüchtigen Kaufleute an ihre Kundenschaft versenden. Da sind also zu haben:

- | | |
|--|------|
| Juden-Alt-Karten, Marie Knoblauch | 1,10 |
| Stinkbomben aus Glas, das Dugend nur | 1,— |
| Weinzipfel, klein | 3,50 |
| Seitzzipfel, ganz klein | 3,— |
| Festfahrkarte nach Jerusalem: hin und nicht wieder zurück | 0,10 |
| Dasselbe nach Moskau | 0,10 |
| Ziertafelentwürfe für Kodakfilme: ganz rot oder schwarz-weiß-rot mit Patentzug | 1,— |
| Kleines Nazi-Liederbuch mit neuen Kampfliedern und Judenprotokollern | 0,20 |
- Dieses alles gemährt den Eindruck eines tiefstehenden Schwabians, welcher Ansicht hat, unter der Legende des Strohbergs sich in Österreich dem bodenständigen Ritter-Schwabian in ungarischer Schwabensprache zu vermaßen. Aber ganz wie bei Aristokratien, ist auch bei den deutschen Kampfbund die Euphorie des Danks mit Brutalität und einer ausgeprägten Vorliebe für Mordehandeln verbunden. Arendt verlangt auch auf diesem Gebiet ganz und gar nicht. Er liefert:
- Stahlhelme, echte, als Kriegsgasmasken, und Seitengewehre echte, als Kriegsgasmasken, zu den Spottpreisen von 5,50 resp. 3,50 Mark.
 - Auch Stahlhelme mit Halskragen und Seilschlingen sind vorrätig. Dazu: Wasserwaage, Hosen, Stiefel, Knieel, Tornister, Brotbeutel, Feldflaschen, Spaten, Leibriemen, Pistolen, Leinwand, Anker und sogar kleine, patentierte Maschinenpistolen — für Scherz und Ernst für jede Lebenslage stellt Arendt seinen Mann. Die Heimwehler werden gewiß zugreifen. Ihre jüdischen Gönner und Freunde werden ihnen über das nötige Geld zum Einkauf der schönen Dinge vorstrecken, und zum Dank dafür werden sie ihnen eine Juden-Alt-Karte, Marie Knoblauch, schicken ...

Mildes Urteil

Vom Schöffengericht Berlin Mitte wurde die 24jährige Ehefrau Minna Basman wegen Kindesmißhandlung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte hat ihren fünf Jahre alten Sohn Harry in der grausamen Weise mit Stöcken, Besenstielen, Insektenspray und anderen Instrumenten der häuslichen Hygiene aufs widerlichste verprügelt und einmal sogar so heftig geschlagen und getreten, daß er blutüberströmt und ohnmächtig zusammenbrach. Der Staatsanwalt, der sechs Monate Gefängnis beantragte, wurde bei der Begründung seines Antrages auch an die Prozedur erinnert: „Ich bitte Sie herzlich, sich dieses Falles möglichst eingehend anzunehmen. Sie würden damit vor allem den unglücklichen Kindern einen großen Dienst erweisen, denn es ist bekannt, daß täglich viele Tausende von Kindern in Berlin mißhandelt werden. Die Hausbesitzer hören wohl das Schreien, wagen aber wegen der Brutalität der Eltern gegen diese nichts zu unternehmen. Es ist aber dringend nötig, daß die Leute Mut zur Anzeige bekommen, denn Kindesmißhandlung ist das gemeinste Verbrechen. Es geschieht hinter verschlossenen Türen, und man kann direkt von wahren Hölleklammern reden.“ Das Gericht begründete das für das gemeinste Verbrechen sehr milde erscheinende Urteil damit, daß die Angeklagte sehr noch sehr jung sei und der Erziehung bedürftig.

Siehe Foto bei einem Autounfall

Ein deutscher Autofahrer erregte sich gestern nachmittags auf der Landstraße von Sangerhausen nach Weiskirchen. Bei einem selbstgeleiteten Autounfall wurde die Karosserie und durchdringung des Wagenbodens durch das Bohren vier Zylinder unter den jahrelangen Wagen und werden dabei zerstört. Die Bergungskosten sind zwei ältere Maschinen aus Gießen und Dresden und ein Berliner Typen, das in Gießen zu Bergung weilt.

Start der „Geiß Juppeter“ zur Fahrt nach Moskau

Das Dampfschiff „Geiß Juppeter“ ist gestern früh 8 Uhr in Bremerhaven zu seiner Fahrt nach Moskau gestartet. Die Führung hat diesmal Dr. Gerner. Im Nord-Ostsee-Kanal hat die Fahrt bei Sturm 24 Stunden gedauert. Am 24. September ist das Dampfschiff Königsberg in Moskau.

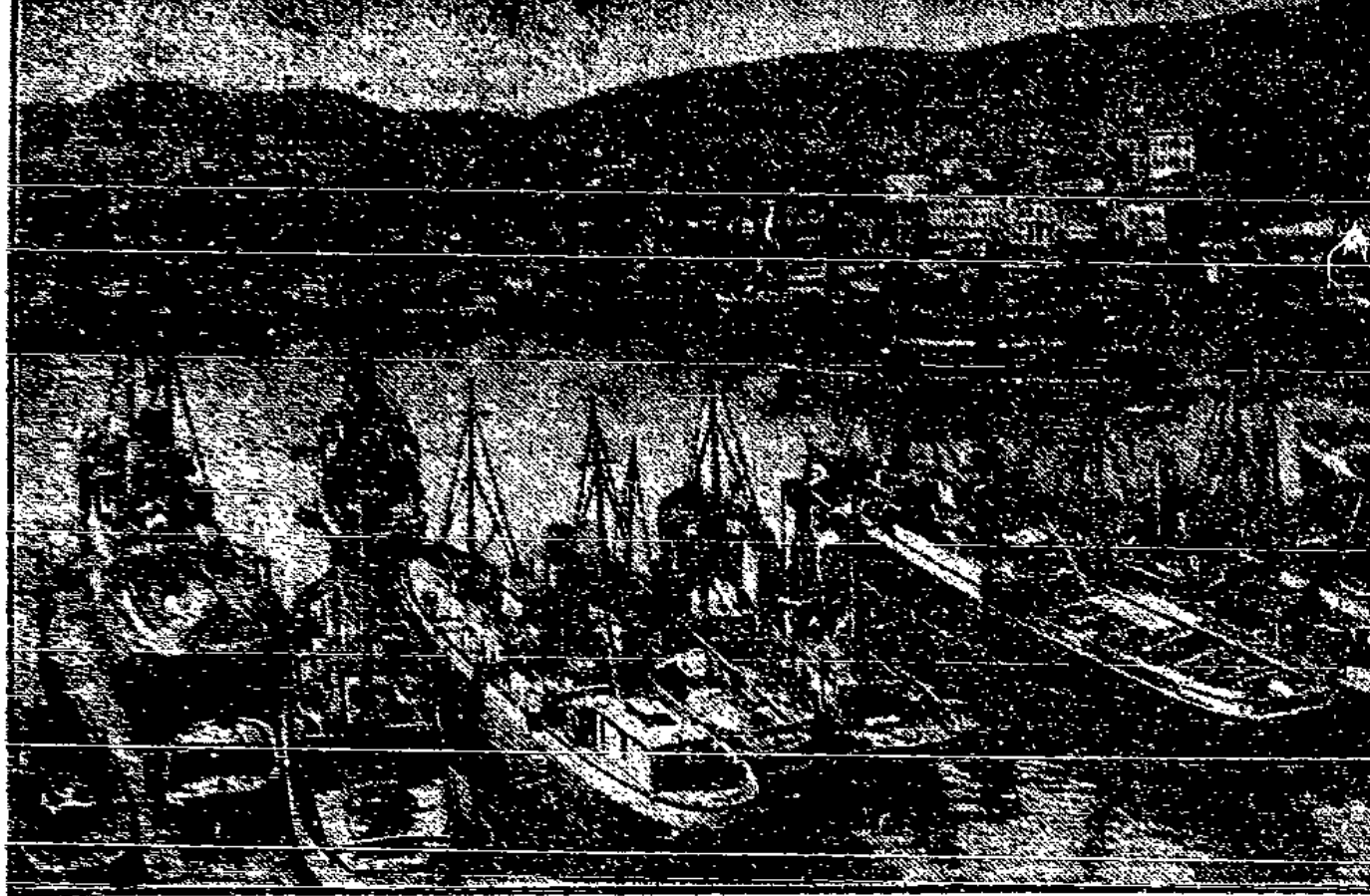
Als Anlaß der „Krieg gegen Sowjetrußland“, dem der Juppeter nach dem Besonderen Kommando befohlen ist, ist angegeben. Die deutschen Kommandanten müssen auf den Juppeter, wie sie überbrückt auf alles Hinsicht, und die Sowjetregierung dabei ist nach Moskau ein!

Diamant Mine

Der von der deutschen Kolonialverwaltung nach Kamerun abgeordnete Kommandant Major von Bismarck hat heute den von ihm in Kamerun entdeckten Diamantminen bekannt gemacht. Die Diamanten sind in Kamerun in großer Menge vorhanden. Die Diamanten sind in Kamerun in großer Menge vorhanden. Die Diamanten sind in Kamerun in großer Menge vorhanden.

Der Athener Hafen brennt

19 Schiffe vernichtet — Zwölf Todesopfer — Gefährliches Effenlochen



In der Nacht zum Dienstag brach im Hafen von Athen, dem Piräus, infolge einer Benzinexplosion ein Großfeuer aus. Innerhalb weniger Minuten standen 18 im Hafen liegende Oel-dampfer in Flammen. Reinerei Löschungsaktion hatte Aussicht auf Gelingen. Auch der griechische Dampfer „Marieta Romali“ frag Feuer. Zwölf Matrosen, wenn nicht mehr, konnten sich nicht mehr retten. Als ihre Kleider Feuer gefangen hatten, stürzten sie sich, kränkelnd vor Schmerz, ins Meer. Glend kamen sie um.

Der brennende Hafen bot ein graufiges Bild. Wie wilde Fackeln loderten die Flammenfäden in die Höhe. Innerhalb kurzer Zeitabstände kam es zu immer neuen Explosionen. Soweit nicht von Athen selbst aus der gerötete Nachthimmel erkennbar war, gaben die sich immer wieder verjüngenden Donnerstöße der Explosionen hallende Kunde vom Unheil ins Land.

Sobald war die gesamte Nacht vom Piräus eine einzige

weite undurchdringliche Feuerfläche. Die Feuerwehrt, die zu Beginn der Katastrophe daran ging, die Feuer noch nicht erfassten Schiffe auf das offene Meer zu schleppen, war in ihrer Arbeit sehr bald lahm gelegt. dessen bekam die Stadtfeuerwehr von Athen zu tun. Flammen auch aufs Land überprangen und hier die großen Schäden anrichteten; ein Wohnhaus wurde eingestürzt. Glücklicherweise konnten die am Ufer gelegenen Oel-lagerbehälter in den Flammen geschützt werden.

Wie so viele große Katastrophen hat auch der Piräer Hafenbrand eine kleine Ursache. Ein Arbeiter hatte an gelassen und sich sein Essen gelocht. Als er fertig war, er die Feuerreste ins Hafenwasser. Er hatte nicht bedacht, es ölig war. In wenigen Sekunden war er aufs große eines Besseren belehrt.

Rückkehr der Schmeling-Dyker

Sehn junge Mädchen vor dem Untergang bewahrt

Dieser Tage sind an Bord des Flugdampfers „Madrid“ neun junge Mädchen der berühmten Schmeling-Truppe, von Buenos Aires, in Deutschland eingetroffen. Sieben von den neun als „Lagerfrauen“ engagierten Mädchen bilden jene Gruppe, die im Frühjahr dieses Jahres Berlin unter aufsehenerregenden Umständen verlassen hat. Die zwei anderen Mädchen sind früher schon von Frau Schmeling nach Buenos Aires gebracht worden; ihre Abreise hatte sich still und unbemerkt vollzogen. Ein zehntes Mädchen wird in diesen Tagen erwartet.

Man erinnert sich, daß der Fall Schmeling in Deutschland zur Diskussion der Frage „Gibt es einen Mädchenhandel oder nicht?“ Anlaß gegeben hat. Es konnte Frau Schmeling, der allerdings keine Nachforschungen bereits nachgewiesen waren, damals in direkter Form der Antwort gemacht werden, daß sie die Absicht habe, die jungen Mädchen, mit denen sie Kontrakte in spanischer Sprache abgeschlossen hatte, zu „verhandeln“, und die Polizei hatte keine gesetzliche Möglichkeit, die Ausreise zu verhindern. Auch jetzt, nachdem unter anerkanntem Wert altiner Mitwirkung des deutschen Konsulats in Buenos Aires die Mädchen nach Berlin zurückgeführt sind, läßt sich ein solcher Vorwurf nicht in direkter Form erheben.

Die Karte nach Argentinien begann unter wenig glücklichen Umständen. Der Stabdalljungen bei der Abfahrt vom Berliner Bahnhof in Berlin folgten mehr oder minder heftige Demonstrationen mit Frau Schmeling an Bord des französischen Dampfers „Caber“, auf dem sich die Truppe eingeschifft hatte. Frau Schmeling, die erst ziemlich freundlich mit den jungen Mädchen umgegangen war, verhielt sich zu Bord nach Strich und Faden. Die eine war ihr zu bläulich, die andere zu dünn, die dritte zu blond, die vierte zu schwarz. Die Männer drüber mochten diese und ähnliche Frauen haben ... eine wurde zu einer Weibchen gezwungen! Einmal teil Frau Schmeling die Meinung: „Jetzt muß man ruhig auf ... Ihr laßt mich, falls Ihr je nach Deutschland zurückkommen wollt, dort verbleiben. Ich habe nie wieder dahin zurück.“ Es sieht auch jetzt nicht so aus, als ob sie wiederläge.

Auch vergrößert hat sich seit dem die Truppe in Montevideo an, da Frau Schmeling zunächst keine argentinische Einreise-erlaubnis bekam. Die jungen Mädchen wählten in einem Theater aufzutreten, von dem der Konjunktiv von Uruguay in Berlin heißt, daß es eines der besten amüsierten in Montevideo wäre. Da dem auch bei — mit dem Augenblick an, als die jungen Mädchen in Argentinien ankamen, hatten noch die argentinische Regierung als auch das deutsche Konsulat ein noch längeres Auge. Die Mädchen sangen in einem Theater und erlangten sich das Recht. Man hat, daß Frau Schmeling, die nach wie vor auf der spanischen Seite der „Internationalen Schmeling-Truppe“ steht, damals Dinge vor hatte; den zehn Mädchen, die jetzt wieder nach Berlin zurückgeführt sind, ging es jedenfalls nicht schlecht.

Das aber muß betont werden: daß plötzlich einmal großes Mitleid schloß, welches konnte, ändert nicht im geringsten die Verantwortung der Bergung: Bergung bei allen Engagements als Lagerfrauen aus ins Ausland — doppelte Bergung bei jeder Engagements nach Heberlein!

meter lange Metallröhre von 160 Zentimeter Durchmesser ins Meer verfenkt. Die Verfertigung dieser hat ungeheure Schwierigkeiten. Das erstmal mißlang die such, da die eingeborene Besatzung die Claude'sche Explosivmethode. Das zweitemal mißlang es ebenfalls, da die anweisung Claudes von der Besatzung falsch verstanden war und die Röhre infolge des falsch ausgeführten Replazte. Jetzt endlich sind die Vorarbeiten zu einem dritten schon beendet worden. Man hofft in Kürze, das größte Kraftwerk im Golf von Matamoras eröffnen zu können ein neues Kapitel in der technischen Ausnutzung der Kraft stellen soll.

Verurteilter Bürgermeister

Vom Schöffengericht Limburg wurde der Bürger Gudelberger des Städtchens Hause, der der schlagung von Gemeindegebern und Wohlfahrtsunterstützung für schuldig befunden wurde, zu anderthalb Jahren Haus verurteilt.

Massenbrandstifter festgenommen

In Weimar wurde der 1903 in Bismar (Mecklenburg) borene Rusker Willi Edermann festgenommen. Er ist jetzt elf Brandstiftungen gekannt hat. 1920 im Elbe-Travelkanal bei Lübeck einen Fischfütter in Brand gesetzt, 1925 zwei beladene Heuwagen bei Gemelingen in Brand von Bremen. Die übrigen Brandstiftungen entfallen auf die seine Umgebung.

Die Bergung des englischen Goldschiffes

Der Stahlhiesel der Kapitänslajüte des 1922 auf dem von Breit untergegangenen englischen Dampfers Egnat hoben und heute geöffnet worden. Er enthielt einen großen diplomatischen englischen Schriftstücken und auch den zu den Räumen mit der Goldbarrenladung. Die Bergarbeiten werden heute fortgesetzt.

Weltrekord im Langsamfahren

Der Weltrekord im Langsamfahren wurde auf dem Montmartre aufgestellt. Jüngling Automobile, Luftkraftwagen, Motorräder beteiligten sich. Den ersten Preis gewann ein Ulrich mit der Rekordleistung von 33 Metern, 36 Sekunden „Geschwindigkeit“ pro Stunde. Die Rekordstunde betrug die der Sieger in 1 Stunde 50 Minuten 23 Sekunden. Die Jury entschied auf einer von drei Gängen gezogenen Los aus dem Jahre 1830.

Fischfang mit Sprengstoffen

In der Gemeinde Bojan in der Bukovina wurde ein Bauer beim Fischfang Sprengstoffe, die infolge unrichtiger handlung vorzeitig explodierten; dabei wurden Personen getötet.

Sturz in die Gletscherkalt

Bei einer Jagdpartie in die Euloretta-Gruppe (Säp) der Angestellte Kiedler aus Kaufbeuren (Bayer) in Gletscherkalt gestürzt. Kiedler, der die Tour allein machen konnte nur als Leiche geborgen werden. Der Körper vollkommen zerquetscht.

Walter von Nolo zurückgetreten

Walter von Nolo hat den Posten der Distriktskommandant bei der Preussischen Infanterie der Kurze niedergelegt. Die Gründe des Rücktritts ist vorläufig noch nichts bekannt. Der Kommandant wird in Kürze Befehl gegeben werden.

Das Meer als Elektrizitätsquelle

Einen Vorschlag aus Savenna zufolge ist es dem Ingenieur Ludwig Claude nach jahrelangen vergeblichen Versuchen gelungen die Wellenkräfte für eine von ihm geplante elektrothermische Kraftstation im Golf von Matamoras auf Cuba zu benutzen.

Die Grundlagen der Claude'schen Projektion sind folgende: In dem tropischen Gewässern besteht zwischen der Temperatur der Wasseroberfläche und der der Tiefe ein gewaltiger Unterschied. Während an der Oberfläche des Meeres eine Temperatur von 28 Grad Celsius herrscht, ist es in einer Tiefe von 1000 Metern eine Temperatur von nur fünf Grad Celsius. Claude will nun durch die technische Anwendung dieses großen Temperaturunterschieds eine Kraftstation errichten. Er hat zu diesem Zweck eine zwei Rifs-

Erziehungsgedanke im Strafvollzug

Der 10. Internationale Gefängnis-Kongress in Prag

Vom 24. bis zum 30. August tagte in Prag der 10. Internationale Gefängnis-Kongress. Die Wahl der Besetzung...

Die Besetzung der Kommissionen... Die Besetzung der Kommissionen...

Die Besetzung der Kommissionen... Die Besetzung der Kommissionen...

Die Besetzung der Kommissionen... Die Besetzung der Kommissionen...

Die Besetzung der Kommissionen... Die Besetzung der Kommissionen...

Die Besetzung der Kommissionen... Die Besetzung der Kommissionen...

Die Besetzung der Kommissionen... Die Besetzung der Kommissionen...

Die Besetzung der Kommissionen... Die Besetzung der Kommissionen...

Die Besetzung der Kommissionen... Die Besetzung der Kommissionen...

Die Besetzung der Kommissionen... Die Besetzung der Kommissionen...

Die Besetzung der Kommissionen... Die Besetzung der Kommissionen...

Die Besetzung der Kommissionen... Die Besetzung der Kommissionen...

Die Besetzung der Kommissionen... Die Besetzung der Kommissionen...

Die Besetzung der Kommissionen... Die Besetzung der Kommissionen...

Die Besetzung der Kommissionen... Die Besetzung der Kommissionen...

Die Besetzung der Kommissionen... Die Besetzung der Kommissionen...

Die Besetzung der Kommissionen... Die Besetzung der Kommissionen...

absolute Einzelhaft als Mittel bei Vollstreckung langer Strafen. Die Engländer, Amerikaner, Belgier und Deutschen...

Größere Einmütigkeit herrschte dagegen hinsichtlich des fast für alle Länder in gleichem Maße wunden Punktes der beruflichen Ausbildung der Anstaltsbeamten.

Vorbeugung. — Jugendgerichtsbarkeit.

Auf dem Gebiete der Vorbeugung sollte die Frage beantwortet werden: Wie läßt sich das Bedürfnis der Rechtspflege und Gesellschaft...

Die vierde Sektion befaßte sich mit der Jugendgerichtsbarkeit. Sollen Kinder als Rechtsverlezer dem Richter entzogen...

Einen außerordentlichen harten Strauß hatte ein Teil der Delegierten für die Schaffung eines besonderen Strafgesetzes besonderer Richter...

Die Ergebnisse des Prager Kongresses werden in erster Linie den Ländern zugute kommen, deren Strafvollzug besonders rückständig ist.

Für die nächsten fünf Jahre ist Reichsgerichtspräsident Dr. Bunte zum Vorsitzenden der internationalen Gefängnis-Kommission ernannt worden.

Das Tier in der Sprache. Oft hat man sich bemüht, die Sprache der Tiere unter sich zu erforschen...

Man „spitzte die Ohren“ wie ein Hund, als man zum ersten Male von „Herbestärke“ reden hörte.

Man „spitzte die Ohren“ wie ein Hund, als man zum ersten Male von „Herbestärke“ reden hörte.

Man „spitzte die Ohren“ wie ein Hund, als man zum ersten Male von „Herbestärke“ reden hörte.

Man „spitzte die Ohren“ wie ein Hund, als man zum ersten Male von „Herbestärke“ reden hörte.

Man „spitzte die Ohren“ wie ein Hund, als man zum ersten Male von „Herbestärke“ reden hörte.

Man „spitzte die Ohren“ wie ein Hund, als man zum ersten Male von „Herbestärke“ reden hörte.

Man „spitzte die Ohren“ wie ein Hund, als man zum ersten Male von „Herbestärke“ reden hörte.

öffentlicher Meinung „vogelfrei“ und wohl oder übel auch oft ein rechter „Widder“.

Es „entpuppt sich so manches, wenn man weiter sucht oder in unserer Sprache herumspürt.“

Manche Menschen können sich nicht „im Zaum halten“ und reden, wie „der Schnabel gewachsen“ ist.

Es ist nun einmal so, daß das Mundwerk mancher Menschen oder ihr Tadelndes von „keinen zehn Verdern“ aufgehoben werden kann.

Manche Menschen können sich nicht „im Zaum halten“ und reden, wie „der Schnabel gewachsen“ ist.

Manche Menschen können sich nicht „im Zaum halten“ und reden, wie „der Schnabel gewachsen“ ist.

Manche Menschen können sich nicht „im Zaum halten“ und reden, wie „der Schnabel gewachsen“ ist.

Manche Menschen können sich nicht „im Zaum halten“ und reden, wie „der Schnabel gewachsen“ ist.

Manche Menschen können sich nicht „im Zaum halten“ und reden, wie „der Schnabel gewachsen“ ist.

Manche Menschen können sich nicht „im Zaum halten“ und reden, wie „der Schnabel gewachsen“ ist.

Manche Menschen können sich nicht „im Zaum halten“ und reden, wie „der Schnabel gewachsen“ ist.

Manche Menschen können sich nicht „im Zaum halten“ und reden, wie „der Schnabel gewachsen“ ist.

Manche Menschen können sich nicht „im Zaum halten“ und reden, wie „der Schnabel gewachsen“ ist.

Manche Menschen können sich nicht „im Zaum halten“ und reden, wie „der Schnabel gewachsen“ ist.

Manche Menschen können sich nicht „im Zaum halten“ und reden, wie „der Schnabel gewachsen“ ist.

Manche Menschen können sich nicht „im Zaum halten“ und reden, wie „der Schnabel gewachsen“ ist.

Eröffnung Schlesischen Landestheaters

„Die Freier“ von Eichendorff

Der als alle anderen Provinzbühnen hat das Schlesische Theater des Verbandes der deutschen Volks-

Der als alle anderen Provinzbühnen hat das Schlesische Theater des Verbandes der deutschen Volks-

Der als alle anderen Provinzbühnen hat das Schlesische Theater des Verbandes der deutschen Volks-

dramatische Zusammenfassung, die bei Eichendorff fehlt, hat die freie Bearbeitung des früher in Breslau tätigen Otto Hoff geleitet.

Es muß anerkannt werden, daß die Schauspielerei des Wanders-Theaters, die erst wenige Tage zusammenarbeiten, sich erstaunlich gut auf einander eingespült hatten.

Es war ein glücklicher Gedanke, aus dem romantischen Lustspiel ein Singpiel zu machen. Die Musik von Christian Lehmann sorgt ausgiebig für die in Eichendorffs Landstheater-

bildern erforderlichen Waldhorn- und Schalmeientöne und paßt sich im übrigen der an sich musikalischen Sprache geschmackvoll an.

Die drei Aufzüge des Stücks waren in 8 Bilder aufgeteilt. Zwischen den einzelnen Bildern konnte man sich an einem Zwischenort auf erheben, der ganz besonders erwähnt werden muß.

Die drei Aufzüge des Stücks waren in 8 Bilder aufgeteilt. Zwischen den einzelnen Bildern konnte man sich an einem Zwischenort auf erheben, der ganz besonders erwähnt werden muß.

Die drei Aufzüge des Stücks waren in 8 Bilder aufgeteilt. Zwischen den einzelnen Bildern konnte man sich an einem Zwischenort auf erheben, der ganz besonders erwähnt werden muß.

